

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, am Sonn- und Festtag nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 2.50 M. im voraus zahlen. Für Colportage nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Der Streifenbezugspreis für Deutschland und Österreich 12.50 M., für das übrige Ausland 16.— M., zuzüglich Postzuschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 20.50 M. Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Verlagsprecher: Kurt Norden 833-36 und 9764.

Die schreibweise des Besonderen über deren Raum führt 5.— M. einschließlich. Einmalige Beiträge: Keine. Die für den Druck der „Freiheit“ bezahlte Wert 2.— M. jeder weitere Wert 1.00 M. einschließlich. Es ergeht auch auf Kaufleute, die die „Freiheit“ in Familien- und Bekanntenkreise zu 20 M. mit einer pro Jahr. Die Bezugspreise in Wortausgaben: das ist gebildet Wert 1.50 M., jeder weitere Wert 1.— M. Anzeigen-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19. Verlagsprecher: Kurt Norden 833-36, Buchhandlung Zentrum 2645. „Freiheit“-Buchdruckerei Zentrum 2030.

FREIHEIT

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Kriegssozialisten.

Von rechtssozialistischer Seite wird seit Beginn des Wahlkampfes die Einigkeit der Arbeiterklasse als die notwendige Vorbedingung zur siegreichen Führung des Wahlkampfes hervorgehoben. In allen Reden, in den Beschlüssen der rechtssozialistischen Reichskonferenz, ebenso wie in den Spalten des „Vorwärts“ kehrt diese Leier täglich wieder. Nun ist die Einigkeit der Arbeiterklasse ein sehr zügelndes, ja im Interesse der Revolution und des Sozialismus notwendiges Stroh. Aber die Spaltung der Arbeiterklasse wurde doch schon vorbereitet durch die reformistischen und opportunistischen Strömungen vor dem Kriege. Nun wurde sie durch die bodenlos verderbte Kriegspolitik der Rechtssozialisten, und erweitert und vertieft durch ihre antisozialistische Revolutionspolitik. Und die Rechtssozialisten haben keinen Zweifel gelassen, daß sie auch für die Zukunft, je nach dem Ausfall der Wahl, durchaus gewillt sind, die Koalition mit dem Bürgertum aufrechtzuerhalten. Eine Wahlparole unter der doppelten Devise der Einigkeit des Proletariats und der Koalition mit dem Bürgertum ist ein Unding, ist ein plumpe Wahlmanöver. Die Koalition mit dem Bürgertum steht den Rechtssozialisten tief in den Knochen und ist ein Erbfeind jener ungeliebten Kriegspolitik, die die Einheit der deutschen Arbeiterbewegung gerißt. Die rechtssozialistische Kriegspolitik ist der Anfang vom Ende der sozialdemokratischen Partei.

Die Kreditbewilligung des 4. August 1914 offenbarte die erschütternde Lachade des völligen Zusammenbruchs der offiziellen Parteipolitik. Es ist nötig, alles ins Gedächtnis zurückzurufen. Es ist nötig, sich der Schwäche des Abfalls von allen sozialistischen und internationalen Grundfragen zu erinnern. Wie leicht vollzog sich dieser Abfall! Vor die erste Probe gestellt, verlor das ganze geistige und politische Rüstzeug, stürzte das ganze stolze Gebäude, die härteste Hoffnung und Zuversicht der sozialistischen Internationale in sich zusammen. Nicht aus Zwang und Notwendigkeit wurde diese Bahn beschritten, sondern aus völlig freier Wahl. Weder können sich die damaligen Mehrheitssozialisten darauf berufen, daß die Russen sie im August 1914 davon abgelehnt hätten, wenn sie die Kriegskredite ablehnten, noch darauf, daß ihnen zu Beginn des Krieges jede Möglichkeit fehlte, die Intrigen der deutschen und österreichischen Kabinets- und Militärpolitik zu überblicken, um so gleich im Anfang zu erkennen, um was es sich bei diesem Krieg handelte; um einen gewalttätigen Vorstoß des deutschen Imperialismus zur Erreichung seiner verfliegenen weltpolitischen Ziele.

Denn was bei milder Beurteilung entschuldigbar erscheint für die ersten Wochen des Krieges, das wurde zum Verbrechen, da man den einmal beschrittenen Weg allen Warnungen, allen neuen Tatsachen zum Trotz, kritiklos innerhielt. Und das enthält den Kernpunkt der Tragödie: Diese Politik, die die Sozialdemokratie zum getreuen Schildknappen des deutschen Militarismus und Nationalismus erniedrigte, die den Fortschritt des Sozialismus und den Aufstieg der Arbeiterklasse nicht mehr vom sozialistischen Klassenkampf, sondern von Hindenburg und Ludendorff, vom Erfolge der deutschen Waffen erwarbte, die alle internationalen sozialistischen Ueberlieferungen zu Boden trat, diese Politik entsprach der ganzen geistigen Anlage des größten Teils der Führer. Für Scheidemann, Eberl, David, Noske, für Legien und Bauer waren die großen richtungsgebenden Gedanken des Sozialismus und Internationalismus wirklich nur Lippenbekenntnisse, nur erfolgversprechende Mittel zum Zweck. Für einen Teil der Parteimitglieder war dies keine Ueberzeugung. Die Parteimitglieder der letzten Jahre vor dem Kriege, viele Vorgänger in den örtlichen Parteiorganisationen hatten die drohende Gefahr erahnt, daß das großartige Anschwellen der Parteiorganisation, der wachsende Einfluß der Gewerkschaftsführer, der ungeheure bürokratische Apparat, das geistige Leben der Partei beunruhigen, daß der Bewegung in die Breite nicht die geistige Vertiefung folgte.

Aber die Folgen, die sich für die übergroße Mehrheit der Anhänger der Kreditbewilligung ergaben, übertrofen selbst die schlimmsten Befürchtungen. Eine kurze Zeitspanne, vom 31. Juli bis 4. August 1914, kaum vier Tage, hatte vermocht, nicht nur die sozialistischen und internationalen Grundfragen über Bord zu werfen, sondern auch die einfachsten Geleite der Gerechtigkeit und Menschlichkeit. Man erinnere sich, mit welcher Selbstverständlichkeit der deutsche Einmarsch in Belgien aufgenommen wurde. Da war kein Gefühl mehr für das moßlose Unrecht, das darin lag, daß man ein völlig friedliches Land mit allen Schrecken des Krieges überflutete „aus strategischen Notwendigkeiten“. Die „strategischen Notwendig-

Die russischen Reaktionen an der Arbeit.

Deutsche Waffen gegen Sowjetrußland.

Auf die Anfrage des Oberstenmanns Lous im Unterhaus, ob die englische Regierung nun auch kürzlich mindestens zwei Schiffe Waffen und Munition von Deutschland nach Finnland gebracht hätten, antwortete Bonar Law im Namen der Regierung bejahend. Auf die Frage eines anderen Abgeordneten, ob diese Waffentransporte von Deutschland ohne Befragung der Alliierten vorgenommen worden seien, erwiderte Bonar Law, er glaube, daß die Alliierten nicht befragt worden seien.

Diese Meldung bestätigt indirekt unsere kürzliche Mitteilung, daß General Maunierheim mit dem Reichswehrministerium wegen Lieferung von Waffen und Munition nach Finnland verhandelt hat. Die Regierung hat sich bisher zu dieser Angelegenheit nicht geäußert. Jetzt, nachdem die Tatsache der deutschen Waffensendungen nach Finnland von der englischen Regierung bestätigt worden ist, wird die Regierung sich nicht länger in Schweigen hüllen dürfen. Sie wird sich darüber äußern müssen: 1. welche Stellen die Waffen- und Munitionslieferungen nach Finnland veranlaßt haben, und 2. wie die Regierung diese Lieferungen mit der noch dieser Tage vom Außenminister Köpfer proklamierten Neutralität gegenüber Sowjetrußland in Einklang zu bringen gedenkt.

Die Solidarität der Arbeiterklasse.

Amsterdam, 14. Mai. Wie der „Telegraph“ aus London meldet, beschlossen die Londoner Hafenarbeiter kein Schiff zu laden, das Kriegsmaterial nach dem mit der russischen Räteregierung verfeindeten Lande fährt. Infolgedessen mußte ein englisches Schiff, das Kanonen und Munition für die polnische Regierung an Bord hatte, diese Kriegsvorräte wieder ausladen, um andere Ladung nehmen zu können.

Die russischen Reaktionen in Deutschland.

Wir haben unzählige Male auf das Treiben der russischen Reaktionen in Deutschland aufmerksam gemacht und insbesondere darauf hingewiesen, daß sich Berlin zu einem Zentrum der russischen Gegenrevolution entwickelt hat. Dies geschah nicht nur vor den Augen der Koalitionsregierung, lange Zeit hindurch hat die Regierung dieses Treiben sogar noch direkt gefördert. Man braucht nur an das Baltikumabenteuer zu erinnern, das viele Monate lang mit offizieller deutscher Unterstützung gegen Sowjetrußland betrieben worden ist. Das „Uhr-Arbeitsblatt“ bringt nun eine längere Darstellung über die russisch-reaktionäre Wühlarbeit in Deutschland, die unsere zahlreichen Mitteilungen darüber bestätigt; und es noch in einigen Einzelheiten ergänzt. Es wird darin zuerst das Baltikumabenteuer und die Bildung einer nordwest-russischen Regierung mit den Herren Danow und von Römmer geschildert. Das Attentat auf Genossen Haase wird mit diesen Umständen in einen gewissen Zusammenhang gebracht. Die Ermordung von Haase soll die Rache für die von ihm beschriebenen Enthüllungen über das Treiben der russischen Gegenrevolutionäre gewesen sein. Es wurde dann einige Zeit still in den russischen Kreisen in Berlin. Als aber

der Kapp-Putsch kam, lebten deren Pläne neu auf. Nach dem Zusammenbruch der Kappherrschaft verlegten die Führer der russischen Gegenrevolution ihre Agitation nach Bayern. Aus den weiteren Mitteilungen des Blattes entnehmen wir das Folgende:

Der Plan, dessen Durchführung angestrebt wird, ist die Freikorps, die der von der Entente geforderten Demobilisierung unterliegen, nach Südrußland zu schaffen, und zwar unter dem Vorwand, die dortigen deutschen Kolonisten zu verteidigen. Der Gardeoberst Schlegelwitow sitzt heute als Bevollmächtigter der russischen Reaktionäre bei gewissen bayerischen Monarchisten in München, wo im Kreise des Gardeleitmeisters Rosenbergs und des Senators Weigand lange Konferenzen darüber stattfinden, wie es möglich wäre, die aufzulösenden Freikorps in russische Dienste zu übernehmen und auf dem Donauwege über Rumänien nach Südrußland zu transportieren.

Südrussische Großgrundbesitzer haben sich bereit erklärt, den deutschen Freikorps Landbesitz zuzuteilen und wollten sie dann zur Verteidigung ihrer Güter gegen die Bolschewiki und gegen die landbegehrenden Bauern verwenden. Die fröhlichen deutschen Militärs, die hinter diesen Plänen standen, verfolgten natürlich andere Pläne, in die auch General Wrangel einbezogen war, der jetzt mit einem kleinen Rest der Demobilisierten die Krim hält. Sie wollten sich im Süden Polens eine Operationsbasis schaffen. In diesem Zusammenhang ist es sehr bemerkenswert, daß sich etwa vor drei Wochen ein Abgesandter des Generals Wrangel, der Mitstreiter Jarmolow, in Berlin aufhielt und hier nicht nur mit den in Betracht kommenden russischen Persönlichkeiten, sondern auch mit einem einflussreichen Mitglied einer Entente-Mission Besprechungen hatte. Für den Fall, daß der Abtransport dieser Freiwilligen nach Südrußland gelingen würde, wünschte man, daß der gewesene Hetman der Donkosaken Krasnow, der sich augenblicklich in Wannsee bei Berlin aufhält, unterzüglich nach dem Dongebiete zurückkehre und dort wieder an die Spitze der Donkosaken trete.

In diese Pläne waren aber nicht nur russische, ukrainische und deutsche, sondern auch andere reaktionäre Kreise einbezogen. Vor allem Ungarn. Admiral Horthy sollte seine Truppen zur antirussischen Offensive zur Verfügung stellen. Die Juden spielen auch nach Serbien hinüber, wo sich das Zentrum der russischen politischen Emigranten befindet.

Die russischen Gefangenen im Munsterlager.

Nur nachdem die Brigade Ehrhardt nach dem Munsterlager abgerückt war, tauchte die Nachricht auf, daß ohne Wissen der Reichsregierung ein großer Teil russischer Kriegsgefangener nach dem Munsterlager transportiert worden sei. Das Reichswehrministerium hatte nichts Ulligeres zu tun, als diese Nachricht auf das nachdrücklichste zu dementieren. Erst jetzt stellt sich ihre völlige Richtigkeit heraus. Es sind in der Tat auf bisher unerklärliche Weise, jedenfalls ohne Kenntnis der amtlichen Stellen im Heeresabwicklungsamt, die russischen Gefangenen aus dem Seunelager ins Munsterlager transportiert worden. Dieses eigenartige „Versehen“ soll nunmehr einer Korrektur unterzogen werden und die russischen Gefangenen aus dem Munsterlager wieder in das Seunelager zurückgeführt werden. Es soll übrigens in Deutschland Leute geben, die naiv genug sind, sich bei solchen Vorgängen nicht das Geringste zu denken.

seiten“ dünkte schon in diesen ersten Tagen der Mehrzahl der Parteigenossen um so wichtiger als alle internationalen völkerrhetorischen Redensarten, als alle Ehrfurcht und Achtung vor der Unantastbarkeit der staatlichen Souveränität fremder Nationen.

Und so ging es unaufhaltsam obwärts. Sozialistische Tageszeitungen entzündeten sich nicht mit nationalistischen Gehäzeln in schreienden Leitern, wie „Jeder Schuh ein Fuß“, jeder Stoß ein Franzos, jeder Tritt ein Brit“ ihre Titelseite zu schmücken. Die deutschen Berichte über den Frankfurterkrieg der belarischen Bevölkerung wurden ohne jede Kritik entgegengenommen. Wer die Ansicht vertrat, daß man dem unglücklichen belarischen Volke nicht die Mittel anrechnen dürfe, die es in diesem Verzweiflungskampf angewende, wurde als Gerechtigkeitsfanatiker verhöhnt oder, was das Schlimmste, aber bequemste Mittel damals war und heute noch ist, er wurde der Sympathie mit den „Feinden“ verdächtigt. In der Beurteilung aller dieser Dinge mit auch Wüter der belarischen und

nordfranzösischen Deportationen unterschied sich die Mehrzahl der Sozialdemokratie getrennt den Stichworten, die das Kriegspresseamt den Scheidemann, Lenin und Konjorken gab, in nichts vom bürgerlich-nationalistischen Standpunkt. Erdrückender trat diese furchtbare Tatsache erst hervor, wenn hier und da verächtliche Reste aus der Vergangenheit auslachten.

Aber damit erschöpfte sich die ungeheure Schuld der Rechtssozialisten keineswegs. Sie, die heute unter der Parole der Einigkeit ihren Wahlkampf führen, sind die wahren Herkörer der Einheit der deutschen Arbeiterbewegung; geistig und materiell. Nachdem sie durch ihre Surrealpolitik die übergroße Mehrzahl der deutschen Arbeiter in den nationalistischen Rausch hineingekübelt hatten, begann mit allen Mitteln der Schändung, der persönlichen Berührung, der Gemeinheit, der Stärke, die das Misshandeln im allgemeinen Ströme verleiht denen gegenüber, die grundstreu und über den Augenblick hinausschauend ihre kritische Stellung bei-

Die Wahlbewegung.

Das Wahlrecht der Soldaten.

Zur Behebung vielfacher Zweifel, wer zu den Soldaten im Sinne des Reichswahlgesetzes gehört und daher an den Reichstagswahlen nicht teilnehmen kann, teilt das Reichsministerium des Innern folgendes mit: Nach dem Reichswahlgesetz ruht das Wahlrecht der Soldaten während der Dauer der Zugehörigkeit zur Wehrmacht. Zur Wehrmacht gehört nur die vorläufige Reichswehr und die vorläufige Reichsmarine. Zu den Soldaten der Wehrmacht zählen die Mannschaften, die Unteroffiziere, die Deckoffiziere und die Offiziere einschließlich der Sanitäts-, Veterinär-, Zeug- und Feuerwerkeroffiziere, dagegen nicht die Militärbeamten. Angehörige der Sicherheitspolizei sind Landesbeamte und keine Soldaten der Wehrmacht, also wahlberechtigt. Angehörige des alten Heeres und der früheren Marine, die sich noch in Lagerorten befinden, gehören nicht zu den Soldaten der Wehrmacht, es sei denn, daß sie zur Reichswehr oder zur Reichsmarine übergetreten sind. Das gleiche trifft bei den erst jüngst aus dem Auslande zurückgekehrten und noch in Sammelstellen untergebrachten Kriegsgefangenen zu. Auch Angehörige der Abwärtungsstellen und des Heimkehrdienstes gehören nicht zur Organisation der neuen Wehrmacht, ebensowenig die Angestellten des Reichswasserfahrs. Alle diese Personen sind daher wahlberechtigt und in die Wählerlisten aufzunehmen.

Ärger aus dem Wahlkampf.

Der Geschäftsführende Vorstand des Bundes der Kurorten, von dem man bisher nur wußte, daß er ein Bureau in Berliner Westen unterhält und damit der wohnungslosen Bevölkerung eine Unterkunftsöglichkeit raubt, erklärt einen Aufruf, in dem er seine Freunde bittet, „Mit Gott für Adm. und Vaterland, mit Gott für Kaiser und Reich!“ nur für die Deutschnationalen zu stimmen.

Der deutschjüdische Sch. und Truhband, eine ebenso überflüssige und volkschädliche Gewandart, fordert seine Anhänger auf, dafür zu wirken, daß keine Juden und keine Judenheger in den Reichstag gewählt werden. Die wahren Vertreter dieses Bundes sind wiederum die Deutschnationalen.

Die Deutschnationalen Volkspartei gibt schließlich bekannt, daß sie als Kandidaten drei Offiziere aufgestellt habe, und sie erwartet von allen Leuten, die von den Offizieren eine Ver-

tretung ihrer Interessen erhoffen, daß sie für die Kandidaten der Deutschnationalen Volkspartei stimmen. Diese Mitteilung erhebt auf neue die Tatsache, daß die Deutschnationalen Volkspartei die Wiedererhebung des fluchbeladenen Militarismus will, der das deutsche Volk in das tiefste Unglück geführt hat.

Graf Vosadowski kandidiert doch!

Graf Vosadowski, der ursprünglich zum neuen Reichstag nicht mehr kandidieren wollte, hat jetzt die Kandidatur im 13. Wahlkreis Halle-Neuesburg doch noch übernommen. Er wird auf die erste Stelle der Liste gesetzt werden.

Erzberger kandidiert wieder.

Der gestrige Parteilang der württembergischen Zentrumspartei stellte Erzberger mit 336 gegen 27 Stimmen bei drei Enthaltungen wieder als Kandidaten für die Reichstagswahl auf.

Zentrum und Baueropposition in Baden.

Am Dienstag sind auch in der badischen Zentrumspartei bei der Kandidatenaufstellung die Wästel gefallen. Die realistische Richtung siegte. Die Zentrumslitung, in welcher der Abgeordnete Dr. Behner, Oberlandratspräsident in Karlsruhe, sich nicht mehr zur Annahme des Abgeordnetenmandats bereit erklärte, hat vor dem Antritt des rebellischen Bauernverbandes kapituliert, der durch seine schonungslose Vereinerungspolitik und Verhinderung der badischen Sozialpolitik schon schwere Brüche in den katholischen Bauernvereinen gelegt hatte. An Dr. Behners Stelle ist ein ausgesprochener Vertreter nativer Bauerninteressen getreten.

Im Kreise Potsdam II (Zellow-Becken-Stocken-Charlottenburg) kandidieren für die Deutschnationalen: 1. Verlagsdirektor Reinhold Wille, 2. Graf Weyer, 3. Fräulein Oberbürgerin Anna Lehmann, 4. Landwirt Passante-Rubow.

Die Reichssozialisten in Unterfranken stellen folgende Kandidaten auf: Fritz Endres, ehemaliger Staatsminister; Emil Reich, Stadtschreiber in Würzburg; Joseph Schäfer, Landtagsabgeordneter und Stadtrat in Schweinfurt; Fritz Freudenberger, Bürgermeister in Würzburg; Karl Pätz, Walzmeister in Elmham, und Heinrich Schmitt, Schreinermeister in Neustadt a. S.

bedalten, die Rede gegen die Opposition. Es begann der Kampf gegen die Warner im eigenen Lager, gegen die christlichen Sozialisten, die durch alle Wirrnisse der Kriegstragödie das sozialistische Prinzip behielten und in schroffem Gegensatz zur Phrase des Burgfriedens die Partei wieder auf den Weg des Klassenkampfes und der internationalen Solidarität zurückzuführen suchten. Sollen wir den Berliner Arbeitern erzählen, wie man ihnen mit Hilfe des Oberkommandos in den Reihen des „Vorwärts“ geraubt hat, dessen Redaktion die Kriegspolitik der Mehrheit belämpfte und die heuchlerische Politik der deutschen Regierung, die unter dem Diktat Ludendorffs stand, kennzeichnete? Sollen wir daran erinnern, wie man Goale, Dittmann, Kautsky, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg behandelte, weil sie mitten im Kriegs- und Siegessturm den großen Zusammenbruch kommen sahen und alle ihre Kraft und ihren Einfluss aufwandten, um die Partei aus dieser verhängnisvollen Bahn herauszureißen und sie wieder ihrer grundsätzlichen Bestimmung zuzuführen?

Beide Leidenschaft und welcher Opfermut wurde von der Opposition in diesen Kriegsjahren aufgebracht, um in diesem von nationalsozialistischem Haß und leichtfertigen Annexionswahnstimmungen zerfressenen Trümmerfeld, die noch unberührt ruhenden Keime des Sozialismus, der Internationalität und der Gerechtigkeit und Menschlichkeit zu pflegen und zu stärken, und den Grundstein zu legen für die großen Aufgaben, die die Liquidation des Krieges aller Voraussicht nach bringen müßten. Daran dachte die Mehrheit nicht. Sie waren eingestellt auf den deutschen Sieg. Der mußte ja die Lösung aller Probleme bringen. Daß das nur möglich war auf Kosten der Arbeiterklasse der anderen Länder, das behandelte diese edlen Jünger des Sozialismus nicht weiter. Ihnen war der materielle Erfolg eben alles. Die Verwerflichkeit der Mittel und die Bestrafungskampagne kam demgegenüber für sie nicht in Betracht.

So traten die Reichssozialisten, ausgerüstet mit allen Merkmalen der sozialistischen Grundlosigkeit, der politischen Erfolgshysterie der nationalsozialistischen und militaristischen Verblendung, in die Revolution. Daß sie hier das Werk ihrer Kriegspolitik erst zur vollkommenen Bollendung brachten, steht uns allen noch in frischer Erinnerung. Der Phrasen von der Einigkeit, diesem Wahlmondoer, fehlen also von rechtssozialistischer Seite alle Voraussetzungen.

Ein zweiter Artikel wird die praktische Kriegspolitik der Reichssozialisten, ihre Stellung zu den einzelnen Problemen und ihre Wirksamkeit im Reichstag beleuchten.

Die Regelung des Wortbruchs.

Die „Essener Arbeiterzeitung“, ein durchaus maßstabsetzendes Organ der Reichssozialisten, bringt in der Nummer vom 5. Mai unter dem Auf „Heraus mit der Amnestie!“ den folgenden Bericht:

Weshalb fanden vor dem außerordentlichen Kriegsgericht Offen drei Arbeiter, welche angeklagt waren, in der Nacht vom 13. zum 14. März sich an den Kämpfen im Ruhrgebiet beteiligt zu haben. Bisher hat man noch nicht davon gehört, daß einer der Kapitulanten vor Gericht gekommen wäre. Tatsächlich kommen Hunderte von braven Arbeitern vor das Kriegsgericht, obwohl die meisten nur in der Absicht die Waffen ergreifen haben, den Rumpfschlag abzuwehren. Die Angeklagten in dem gefürchteten Hofe waren von Parouillen der Einwohnerverschutz aufgefunden worden, zwei von ihnen hatten Waffen bei sich. Das Gericht nahm bei zweien der Angeklagten an, daß sie des Glaubens sein könnten, es handle sich um ein Gegenübernehmen gegen die Rumpfbewegung, und sprach daher die beiden des Mordes an dem Kaiser frei. Tadellos wurde der dritte wegen Landfriedensbruchs bestraft, weil er als Stammkämpfer zweifelslos mehrerlei Male verurteilt habe. Ferner wurden die zwei Angeklagten, welche im Besitz von Waffen gewesen waren, wegen verbotenen Tragens von Waffen zu ein- oder mehreren Gefängnis verurteilt. Sowohl die Anklage als die Verurteilung zeigt, wie notwendig es ist, daß endlich eine Verhältnisse geschaffen werden und eine Amnestie erlassen wird. Die Gerichte sind durchaus formell im Rechte, wenn sie urteilen, es behält überhaupt keine ordnungsmäßige Amnestie. Es reicht also für jeden einzelnen, wenn er sich irgendwo und irgendwann bei der roten Armee oder beim Volkskämpfer, oder bei der Sicherheitswehr oder sonst irgendwo während der Unruhen beteiligt hat, immer die Möglichkeit, daß er auf Grund des Auftritts oder Landfriedensbruchs-Paragrafen auf mehrere Jahre ins Gefängnis kommt. Diese ewige Unsicherheit ist außerordentlich schädlich für das Wohl der Reichssozialisten und das Vertrauen des Volkes zur Regierung. Das Versprechen, daß die Reichsregierung und der Reichskommissar wiederholt gegeben haben, muß eingehalten werden, schon aus dem einfachen Grunde, weil man nicht Hunderttausende vor Gericht bringen kann und weil die gesamte Wirtschaft in den von den Rumpfbewegungen überführten Gemeinden, aber auch in den von ihnen verlassenen Gemeinden außerordentlich leidet. Gemeine Verbrechen müssen selbstverständlich von der Amnestie ausgenommen werden. Aber es ist ein unüberwindliches Hindernis, wenn fortwährend entgegen dem klar ausgesprochenen Willen der Regierung Anklagen erhoben werden und Verurteilungen erfolgen für Taten, die nach den wiederholten Versicherungen der Regierung nicht verfolgt werden sollen. So hat z. B. das Militärtribunal Kriegsgericht einen 17-jährigen jungen Menschen zu der „besonders milden“ Strafe von 1 Jahr Gefängnis verurteilt, weil er die zum 21. März 1919 in der roten Armee gekamte. Weder glaubt man, wie bei dem Urteil 1919, durchsuchbar hätte Teile die „revolutionsländer“ Bewegung ein für allemal unterdrücken zu können und bedarf nicht, daß man nur Teil in Feuer geht! Die Gefängnisse werden überfüllt, Gerichte und die Wohnbedingungen mit Arbeit überfüllt und die so schon darniederliegende Wirtschaft leidet. Was aber das schlimmste ist, das Vertrauen zur Regierung und zur Gerechtigkeit schwindet immer mehr und mehr einem wachsenden, verfluchten Geste Wog, der sich früher oder später furchtbar entladen muß.

Das Essener Organ drückt sich in einer sehr sanften Tonart aus. Wollte es die Dinge beim Namen nennen, so müßte es die eigenen Genossen in der Regierung wortbrüchig nennen. Jedermann in Deutschland weiß, daß Liebknecht in Melefeld, daß Severing in Münster, daß Blum in der Nationalversammlung wieder und wieder ganz unmissverständlich völlige Amnestie verprochen haben, für alle die, die zum vereinbarten Zeitpunkt (2. April) rechtzeitig die Waffen niedergelegten, für alle die, die irgend eine an sich strafbare Handlung begangen hätten, in der Absicht aber zu dem Zwecke der Verhinderung des Rumpfschlag Aufstandes“. Jedermann weiß, daß die Arbeiter des Ruhrgebietes nur auf Grund dieses Amnestieverprechens ihre Waffen niedergelegten.

Wird dieses Amnestieverprechen nicht gehalten oder mit irgendwelchen formellen Ausflüchten umgangen, dann steht die Regierung in den Augen der Arbeiterklasse als eine Regierung des Wortbruchs und des Betruges da. Daß die Regierung ihr Amnestieverprechen nicht schleunigst ein, so ist sie nicht nur politisch, sondern auch moralisch erledigt. Nicht sie mit der Arbeit oder vielmehr dem Verbrechen der Kriegsverbrechen nicht schleunigst Schluss, so wird ihr aus dieser Tat eine Strafe erwachsen, die grauenvoll ist. Dies ist keine Frage der Politik mehr, dies ist eine Frage des Rechts und der Menschlichkeit. Die rechtssozialistische Partei aber möge zusehen, daß sie nicht mit hineingezogen wird in dies Verbrechen ihrer Genossen in der Regierung!

Eine Kontrollkommission nach dem Ruhrgebiet.

Das überflüssige Material, das die „Freiheit“ und der größte Teil der unabhängigen Presse über die Schreckensherrschaft im Ruhrgebiet veröffentlicht haben, hat die Regierung nunmehr veranlaßt, zwar nicht einfach den Belagerungszustand aufzuheben und die Kriegsgerichte zum Teufel zu jagen, aber sie gibt wenigstens zu, daß dort unten eine Schreckensherrschaft eingerissen ist, für die niemand mehr die Verantwortung tragen könne. Im Verlaufe dieser Erkenntnis hat die Regierung nunmehr nach dem Ruhrgebiet eine Kommission geschickt, die aus den Vertretern von fünf Ministerien besteht: dem Vertreter des Reichsministeriums des Innern, Geh. Rat von Jacobi, dem Vertreter des preussischen Ministeriums des Innern, Geh. Rat von Ködenbeck, dem Vertreter des Reichsjustizministeriums, Geh. Rat Zweigert, dem Vertreter des preussischen Justizministeriums, Geh. Rat Linnig, und einem Vertreter des Reichswehrministeriums. Diese Kommission soll das vorliegende Material an Ort und Stelle nachprüfen und insbesondere die Art der dort geübten Urteilsfällung einer sorgfältigen Prüfung unterziehen.

Unnützes Krautmetertum.

Die Regierung hatte bei den von ihr veranfaßten Presseempfehlungen erklären lassen, daß sie weder Vertreter zur Konferenz nach Spaan noch zu den am 16. Mai in Paris stattfindenden wirtschaftlichen Verhandlungen entsenden werde, wenn nicht vorher die französischen Truppen aus dem Maingau zurückgezogen worden seien. Nach am Freitag abend verrietete die offizielle „Deutsche Allgemeine Zeitung“, innerhalb der deutschen Regierung bestände Übereinstimmung darüber, daß die Räumung des Maingauer eine Voraussetzung für diese Verhandlungen sei.

Angewidene hat nun die Regierung Angst vor der eigenen Courage bekommen, und sie läßt mitteilen, daß von ihr diese Mitteilung nicht ausgegangen sei. Das ist eine leere Ausrufe, in Wirklichkeit haben ihre Pressedirektoren diese Mitteilung in die Öffentlichkeit lanciert.

Man muß sagen, daß dieses Krautmetertum der Regierung geradezu frevelhaft ist. Die Räumung des Maingauer war von der Entente bereits für Montag, den 17. Mai, angefordert worden. Statt nun die Räumung abzuwarten, läßt die Regierung eine Drohung aus und macht dadurch die ganze Angelegenheit zu einer Prestigefrage für die Entente. Bei den imperialistischen Tendenzen der ententistischen Regierung ist zu befürchten, daß diese sich von der deutschen Regierung nicht irgendwelche Bedingungen für die Konferenz in Spaan werden vorzuschreiben lassen. Die Regierung fordert also mit ihrer Drohung die Entente-Regierungen geradezu dazu heraus, eine neue Machtprobe zu initiieren und den Maingau

vorläufig nicht zu räumen. Wird der Maingau infolge dieser Vorgänge nicht geräumt, und wird ferner die Konferenz in Spaan durch das Verhalten der deutschen Regierung verhindert, so wird kein Schiedsweg und keine Ausrufe die deutsche Regierung von dieser ungeheuerlichen Schuld reinwaschen.

Wird verschoben oder nicht?

Heute erzählt: Es ist ziemlich sicher, daß Nowy Gorod und Wilna bei den Beratungen in Spaan sich dahin einigen werden, daß die Konferenz in Spaan aufgeschoben wird. Da es nicht zweckmäßig wäre, wenn die Konferenz mitten in die deutschen Reichstagswahlen fiel und da es für alle Teile vorteilhaft wäre, wenn die deutschen Vertreter auf der Konferenz das Vertrauen des neuen Parlaments genießen.

Keine Ablieferung privater Fischdampfer.

Die gurgelt in London weilende deutsche Schiffvertragsdelegation, die über die Abgabe der nach dem Friedensvertrag noch abzuliefernden deutschen Handelschiffe und Fischereifahrzeuge unterhandelt hat mit der internationalen Schiffsvertragskommission ein Abkommen geschlossen, nach dem die Abgabe der Fischereifahrzeuge auf eine Anzahl reichseigener Fischereidampfer beschränkt wird. An Stelle der überlieferten nach dem Friedensvertrag ablieferungspflichtigen Fischereifahrzeuge sind Neubauten, sowie Material für den Fischereibetrieb zu liefern.

Der Wert des Fischereifahrzeuges besteht darin, daß die deutsche Fischerei von der im Friedensvertrag angedachten Abgabe von Fischereifahrzeugen, die im bisherigen Betrieb tätig waren, befreit bleibt. Die Fischereifahrt Deutschlands kann daher im bisherigen Umfang aufrechterhalten werden. Dies ist aber nur dadurch erreicht worden, daß das Reich durch eigene Dampfer, die bisher zum Teil anderen Zwecken dienender Dampfer, durch Übernahme von Neubauten und durch Zulage von Materiallieferungen besonders Verpflichtungen den Verbänden gegenüber hat übernehmen müssen.

Fällerverkehrung.

Die belgische Postverwaltung hat, wie das Reichspostministerium mitteilt, die Postämter, die die aus Belgien kommenden Briefe empfangen, zum Teil nicht mit der Aufschrift „en Allemagne“ versehen, sondern mit der Aufschrift „en Belgique“. Trotz der Vorstellungen der deutschen Postverwaltung war die belgische Postverwaltung nicht in der Lage, diese offensichtliche Verletzung des deutschen Postgesetzes abzuwehren. Die Oberpostdirektion hat deshalb der belgischen Postverwaltung eine neue Mitteilung zugehen lassen, daß sie künftig deutsche Post mit belgischen Aufschriften undteilen ist die belgischen Postbehörden zurückzugeben lassen werde.

Es ist ganz zu verstehen, eine innere und mediale Völkerverehrung bedingende, die hier von belgischen Postbehörden betrieben wird; wenn sie auch die deutsche Arbeiterklasse unterstützen. Aber wir wollen dabei nicht verharren, daß die Regierung in Belgien, aus der heraus derartige Hebergriffe und Ungerechtigkeiten entstehen, erzwingt ist auch die Schuld belgischen Ehrens und derjenigen Parteien, die den Einmarsch in Belgien, die Deportationen, die Verhaftungen in den belgischen Gebieten, die Zerstörungen in der belgischen Industrie geduldet und gefördert haben.

Die letzte Wahl berufsmäßiger Stadträte in München, bei der zwei Unabhängige und ein Demokrat gewählt worden waren, und die von verschiedenen Seiten angefochten worden war, ist von der oberbayerischen Kreisregierung als ungültig erklärt worden.

Die Verfassung für Thüringen angenommen. Der Volksrat von Thüringen nahm einstimmig mit allen gegen zwei Stimmen der Verfassung für das Land Thüringen an.

Der große Streik in Frankreich.

Weiße Salbe.

Paris, 14. Mai.

Der Minister der Öffentlichen Arbeiten, Le Troquer, wird der Kammer am Dienstag einen Gesetzentwurf über die Umgestaltung der Verwaltung der französischen Eisenbahnen zugehen lassen. Dieser Gesetzentwurf sieht die Einsetzung eines Oberrats der Eisenbahnen vor, der aus 24 Vertretern der Eisenbahndirektion und 24 Vertretern aus dem Volk bestehen soll. Die Autonomie der Verwaltungen der Eisenbahngesellschaften soll durch den Gesetzentwurf nicht berührt werden.

Die Bestimmung, daß die Selbständigkeit der Eisenbahngesellschaften durch das Gesetz nicht berührt werden soll, macht zu einem "Oberrat" zu einem Resser ohne Best und Mlinge. Eine solche "Umgestaltung" der Eisenbahnverwaltung wird die Arbeiterklasse nicht zu befriedigen vermögen.

Streikämpfe in Le Havre.

H.N. Paris, 14. Mai.

Neber die Lage in der Provinz wird folgendes gemeldet: In Bourdeaux streiken die Arbeiter der elektrischen Zentrale, die elektrische Beleuchtung funktioniert nicht mehr. In Lyon wird die Anzahl der Streikenden auf 70 v. H. der Arbeiter geschätzt. In Marseille ist der Straßenbahnverkehr unterbrochen. In Nantes, wo nur teilweise die Straßenbahnen streiken, erwartet man die baldige Wiederaufnahme der Arbeit. In St. Etienne streiken die Arbeiter der Eisen- und der Werksbetriebe. In Le Havre begaben sich eine große Anzahl der Streikenden, nachdem sie eine Versammlung abgehalten hatten, nach dem Gefängnis, wo einige Führer der Fachvereine gefangen gehalten werden. Polizei und Kavallerie trieben die Streikenden auseinander.

Frieden zwischen Sowjetrußland und Georgien.

Paris, 14. Mai.

Nach einem in London ausgegangenen Junkspruch aus Moskau ist der Friedensvertrag zwischen Sowjetrußland und der Republik Georgien unterzeichnet worden.

Berlin, 14. Mai.

Die deutsche Vertretung der Republik Georgien teilt mit: Die in der Presse verbreitete Nachricht, Tiflis sei von den Bolschewisten besetzt, entbehrt jeder Grundlage.

Verhaftung von Polen in Moskau.

Der "Goniet" in Moskau berichtet nach Mitteilungen von Flüchtlingen aus Moskau, daß dort viele Verhaftungen von Polen vorgenommen wurden. Das Richtungsamt der Pjotrowska Nr. 17 ist verhaftet; die Bolschewiken wurden verhaftet. Die Pjotrowska dieses Komittees wurden liquidiert. In der Worschowa Bar wurde ähnliches Personal verhaftet und ein Platzhalter eingerichtet; alle, welche sich in polnischer Sprache in die Angestellten wandten, wurden verhaftet.

Die nationalistische Bewegung in der Türkei.

Konstantinopel, 14. Mai.

Es wird mitgeteilt, daß der nationalistiche Führer Mustapha Kemal in Angora eine Regierung bildete und an die Friedenskonferenz telegraphierte, daß die Annahme der Friedensbedingungen durch die gegenwärtige Delegation null und nichtig sein würde.

Ant "Daily Telegraph" sind alle Verbindungen zwischen Baku, Erivan und Tiflis unterbrochen.

Amsterdam, 14. Mai.

Der Konstantinopeler Korrespondent der "Times" meldet, daß die Nationalversammlung Mustapha Kemal zum Teil aus gewählten Vertretern, zum Teil aus Abgeordneten des aufgelösten türkischen Parlaments bestehe. In Angora wurde ein Kabinett von Kommissaren mit Mustapha Kemal als erstem Kommissar gebildet. Die Nationalversammlung beschloß die Vertretung und Abkommen, die die türkische Regierung seit dem Waffenstillstand mit einer autoritären Macht abgeschlossen hat, nicht anzuerkennen und jeder nicht durch die Nationalversammlung ermächtigten Verstoß das Recht abzuspochen, das türkische Reich auf der Friedenskonferenz zu vertreten.

Der Kampf der Bankbeamten.

Der Streik unabwendbar.

Zwischen den Bankleitungen und den Bankbeamten des Reiches haben gestern nachmittag im Reichsarbeitsministerium Verhandlungen stattgefunden.

Vorsitzender war Geheimrat Dr. Wulff. Als Vertreter der Bankbeamten nahmen teil: Marg vom Allgemeinen Verband, sowie Vertreter des Zentralvorstandes und die Betriebsrätezentrale im Bankgewerbe und Fürstenberg vom Deutschen Bankbeamtenverein; als Vertreter der Bankleitungen war der Verbanddirektor des Reichsverbandes der Bankleitungen Dampf anwesend. Marg wünscht die Stellungnahme der Bankleitungen zu erfahren, auf die Angehörigen lange genug gewartet habe.

Verbandsdirektor Dampf erklärte, die Unternehmer hätten die Forderungen ausführlich beaceten und seien zu dem Ergebnis gekommen, daß sie ebenso wie der Allgemeine Verband an dem Prinzip des Reichsstatutes festhalten wünschten. Die Bankleitungen wollen über eine Erhöhung der monatlichen Teuerungszulagen in Verhandlungen eintreten. Die Zahlung einer Abgeltungssumme wird abgelehnt. Es wird über die Erhöhung der Teuerungszulagen aber nur dann verhandelt, wenn vorher alle Streiks im Reich abgebrochen sind.

Darauf gab Marg die Bedingungen bekannt, unter denen die Angehörigen am kommenden Montag in die Betriebe zurückgeführt werden kann. Die Bedingungen der Bankangehörigen lauten:

1. Bewilligung der Abgeltungssumme für den nicht zustande gekommenen Tarif in Höhe von 3300 Mark für Verheiratete, 2700 Mark für Ledige, 1200 Mark für Lehrlinge für die Zeit vom 1. Januar bis 1. Mai. Sofortiger Eintritt in neue Verhandlungen zur Schaffung eines Reichstarifs mit Rückwirkung ab 1. Mai. Solange dieser Reichstarif nicht zustande gekommen ist, wird allmonatlich ein Viertel der Abgeltungssumme als Provision

abgezahlt. Die Bankleitungen betraffen die streikenden Streiks als nicht ausgebrochen, es erfolgen keine Maßregelungen, die Streiklage werden bezahlt und für die besetzten Gebiete tritt auf die verschiedenen Summen ein Zuschlag von 30 Prozent ein.

Daraufhin antworteten die Arbeitgeber, daß sie diese Forderungen ablehnen müssen.

Fürstenberg präziserte seine Stellungnahme dahin, daß der Standpunkt der Bankleitungen eine Proskolation der Angestelltenchaft bedeute.

Die Sitzung nahm sehr erregte Formen an. Geheimrat Wulff suchte zu vermitteln und zog sich mit den Unternehmern zu einer Sonderberatung zurück. Nach dreiviertelstündiger Verhandlung wurde die Sitzung wieder eröffnet mit der Erklärung des Vorsitzenden, daß seine Bemühungen ergebnislos geblieben seien.

Der Streik im Bankgewerbe ist durch diese Haltung der Unternehmer unvermeidlich. Daß die Unternehmer nicht einen funken Verantwortungsgefühl gegenüber dem Wirtschaftsleben haben, geht unzweifelhaft daraus hervor, daß sie in Abm die Verhandlungen vor einem durch das Reichsarbeitsministerium eingesetzten Zwangsschiedsgericht abgelehnt und daß sie etwaige Zwangsmaßnahmen der Regierung mit der Schließung sämtlicher Banken zu beantworten gedroht haben.

In Reich ist es zu einer größeren Anzahl von Städten bereits zu Ausmärschen gekommen. Im Augenblick befinden sich über 30 000 Mann an der Front im Reich im Streik. Nach den bisherigen Verläufen besteht kein Zweifel mehr darüber, daß die Berliner Bankbeamten sich jetzt der letzten Verhandlungsmöglichkeit beraubt sehen und in den Streik eintreten werden. Zur Veranlassung der zu erwartenden Schritte wird am heutigen Sonnabend vormittag eine gemeinsame Verhandlung der Verbände des Allgemeinen Verbandes der deutschen Bankbeamten und des Deutschen Bankbeamtenvereins stattfinden. Am Nachmittag wird sich Johann die Berliner Bankbeamten in der Wallstraße an Potsdamerweg zu der über den Streik entscheidenden Versammlung versammeln.

Zum Streik der Feiseurgeschäften.

500 Feiseurgeschäften und -Geschäftinnen versammelten sich am Freitag nachmittag im großen Saal der Böhm-Bauerei. Die Arbeitnehmern stellten neue Forderungen mit 150 Mark für den Feiseur und 100 Mark für den Damenfeiseur und Friseur. Außerdem wurde an den allen Forderungen: vollständige Betriebsruhe am Sonntag und Schließung des paritätischen Arbeitsnachweises, festgehalten. Nach Schluß der Versammlung bewegte sich ein Demonstrationszug über die Friedrichstraße nach dem Westen, der mehrere tausend Personen umfaßte. Die Geschlossenheit hielt eine und geschlossen zusammen. Sonnabend früh haben sich alle Kollegen und Kolleginnen von 8-11 Uhr in den Kontrolllokalen zu melden. Norden: Oranienstr. 79; Süden: Postener, Ecke Varnitzer Str.; Osten: Wiener Str. 10; Westen und Charlottenburg: Martin-Luther-Str. 78; Zentrum: Elisabethstraße 20; Steglitz und Friedenau: Nothenburgstr. 41; Spandau: Klosterstraße, Ecke St. Domburger Str.; Köpenick: Rosenstr. 10. Heute, Sonnabend, werden die ersten hygienisch eingerichteten Kaffee- und Feiseurstuben für Damen und Herren in allen Stadtteilen eröffnet.

Wir bitten alle Genossen und Genossinnen, nur diese Betriebe in Anspruch zu nehmen. Die Bekanntgabe dieser Feiseur- und Feiseurgeschäften erfolgt durch Flugblätter und Plakate. Die Bedienung wird kostenlos ausgeführt.

Einzelbewilligungen von Arbeitgebern laufen bei der Streikleitung in großer Anzahl ein, jedoch sehen die Arbeitnehmer vorläufig einem Teilstreit ablehnend gegenüber. Sobald in einzelnen Feiseurgeschäften die Arbeit durch Bewilligung unserer Forderungen aufgenommen wird, werden diese Betriebe durch besondere Plakate mit dem Stempel der Streikleitung und Unterschrift kenntlich gemacht. Alle anderen Bekanntmachungen sind auf Irreführung berechnet. Kollegen und Kolleginnen, befolgt nur die Weisungen, die euch durch die Streikleitung gegeben werden.

Die Streikleitung.

Für den Pressenausschuh: Erich Schäfer.

Kongress des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten.

Die gestrige Tagung des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Hinterbliebenen und Kriegsteilnehmer brachte zunächst die Aussprache über die Rentenverleugung der Kriegsbeschädigten. Wolfberg-Hamburg führte dazu aus: Der Krieg ist militärisch glänzend, sozialpolitisch dagegen überhaupt nicht vorbereitet gewesen. Das alte Mannschaftsvertragsgesetz war eine glatte Ungleichheit und Ungerechtigkeits. Daraus erklärt sich der unheimliche Trug der Kriegsbeschädigten nach wirtschaftlichen Kampforganisationen. Das Rentenverleugern wurde schon im Februar 1919 durch eine Verordnung neu geregelt, weil es in einem demokratischen Staatwesen als solches unzulässig empfunden werden mußte. Dennoch ist die Handhabung der Militärversorgung noch durchaus unbefriedigend. Der Vorschlag der Militärversorgungsgesetze liegt in den Händen von Juristen, die allzu wenig Menschen sind, der zweite Jurist ist — ein unerbittlicher Zustand — Vertreter der Regierung also Partei. Die Vertreter dürften nicht den Organisationen erwidern werden, die im Geiste der alten Kriegervereine arbeiten. Die Rentenverleugung muß den arbeitslosen und den beruflich Stabenden der Dienstbeschädigung berücksichtigen. Das Reichsversorgungsgesetz folgt dieser Forderung und ist in diesem Punkte die Erfüllung eines alten Wunsches der Kriegsbeschädigten. Bei voller Erwerbsunfähigkeit darf kein Unterschied zwischen den Rentenbegleitern bestehen, denn die Hochrente ist immer nur ein Existenzminimum, das ohne Rücksicht auf die geistige und berufliche Vorbildung gleich zu bemessen ist.

Große Zustimmung muß die Verleugung der Verurteilten hervorrufen, um so mehr, als die zweite Klasse, die 25 Proz. Verurteilung erhalten soll, 30 Proz. der Rentenbegleiter umfaßt, während die erste Klasse (besondere Verurteilung), die 50 Proz. erhält und die dritte Klasse (ungelehrte Arbeiter), die nur 10 Proz. bekommt, nur 10 Proz. der Verurteilten umfaßt. Die Vorteile des Gesetzes liegen vor allem in der Verteilung der Chargenunterschiedes bei der Versorgung. Die Offiziersabteilung, die allgemein bitter beurteilt wird, bedeutet nur ein kleines Zugriffsrecht, das zu dem durch das Gesetz erzielten Fortschritt in keinem Verhältnis steht. Die Bestimmungen über die Dienstbeschädigten werden hoffentlich dazu führen, daß die Heilanstalten nicht mehr der Tumultplatz der Kriegsgewinnler, sondern Heilungsorten der Kriegsgewinnler sein werden. Bei der praktischen Durchführung des Reichsversorgungsgesetzes muß aber beachtet werden, daß dadurch die Renten herabgedrückt werden. Sehr bedauerlich ist es, daß den Kriegsbeschädigten die Heilbehandlung nicht gewährt wird. Das Reichsversorgungsgesetz erfüllt auch die Forderung der Kriegsbeschädigten nach Verknüpfung des Familienbundes. Ein weiterer Fortschritt ist die Herabsetzung der Beiträge der Hinterbliebenen, durch die den Hinterbliebenen die Wirtschaftlichkeit gegeben wird, sich mit Hilfe der Rente der Vergütung ihrer Arbeiter zu widmen. (Beibehaltung der Beiträge.) Ein unerbittlicher Zu-

stand ist es aber, daß die Rente der Kriegsbeschädigten immer noch zu zwei Dritteln auf die Unterstützung angerechnet wird. Der Abbau der Rente entsprechend dem steuerpflichtigen Einkommen, beginnt nach dem Gesetz viel zu früh, er dürfte erst bei einem Einkommen von 10 000 Mark einsetzen, und die Rente darf nicht, wie bis jetzt, steuerpflichtig sein. (Anfallender Verfall.) Das Referat wurde mit zahlreichen, dazu vorliegenden Anträgen einem Ausschuh überwiesen.

Schumann-Hamburg berichtete sodann über die soziale Fürsorge für Kriegsbeschädigte und Kriegsteilnehmer und forderte, daß namentlich in den Organen der Versorgungsverwaltung wie in allen Fürsorgeangelegenheiten, Vertreter der Kriegsbeschädigten zugezogen werden, nicht nur als Schreibarbeiter, sondern auch als Leiter. Es schloß noch ein Bericht über die Inanspruchnahme Kriegsbeschädigter. (Beifall.) — Helbig-Berlin berichtete über Siedlungs- und Wirtschaftstragen und ziel zur Bildung von Wirtschaftsgenossenschaften. Zur Durchführung einer umfassenden Siedlung forderte er ausreichende Finanzierung der Heimstätten durch den Staat durch Bewahrung von Krediten, Anpassung der Kapitalbindung an die heutige Geldverwertung und Vereinerung der Siedlungen von der Voraussetzung für Kredit- und Schulzwecke.

Es sprach ferner Käsemann-Stuttgart im Namen der Kriegsbeschädigten, Frau Schott-Sankt Petersburg für die Hinterbliebenen, Roth-Frankfurt a. M. für die Gefangenen und M. B. Berger-Magdeburg für die Kriegsteilnehmer. Alle diese Redner übten an dem Reichsversorgungsgesetz Kritik und wiesen nach, welche Forderungen des Reichsbundes in diesem Gesetz noch unerfüllt geblieben seien.

Ein neues Zeitungsverbot. Das Erscheinen des "Staatsbürgerlichen" ist auf Anordnung der Militärbehörden bis auf weiteres verboten. Der Grund zu dem Verbot soll in einem Inzertat liegen.

Massenandrangungen aus Eupen. Vom "Katholischen Volksfreund" verlautet die belgische Behörde in Eupen viele Ausweisungen. Alle Einwohner des Reiches Eupen, die nach Kriegsausbruch dorthin gezogen sind, mußten sich bei der belgischen Behörde melden, wobei die Mehrzahl den Ausweisungsbefehl erhielt. Insgesamt sollen 2000 Personen davon betroffen werden, die innerhalb einer Woche Eupen verlassen müssen. Die deutsche Regierung unternahm Schritte bei der belgischen Regierung unter Hinweis darauf, daß Belgien nach dem Friedensvertrage zu diesen Ausweisungen nicht berechtigt sei.

Betriebsräte.

Die Organisation der Betriebsräte.

Genosse Stoll schreibt und:

In Nr. 173 der "Freiheit" vom 12. Mai macht mit Genosse Oskar Busch in seinem Artikel "Partei, Gewerkschaften und Betriebsräte" den Vorwurf mangelhafter Information über die Ablichten und Beschlüsse der Berliner Gewerkschaftskommission, der ich als Mitglied angehöre und bei der Beschlußfassung zugegen war. Genosse Busch bestreitet, daß die Betriebsräte in der Berufsgewerkschaft erfüllt werden sollen, das werde in der Busch-Busch-Resolution zu Unrecht behauptet und die anwesenden Betriebsräte seien dadurch getäuscht worden.

Damit die Leser der "Freiheit" sich selbst ein Urteil bilden können, sei erwähnt, daß die von mir in der Gewerkschaftskommission eingebrachte Resolution, nach der "jezt die Betriebsräte aller Organisations- und Bauvereinigungen nach Industrie- und Betriebszweigen zusammenzuführen und unter eine noch den Grundzügen des Räte-systems gewählte Leitung zu bringen seien", abgelehnt und die des Gewerkschaftsausschusses gegen 28 Stimmen angenommen wurde. Nach dieser Entscheidung

sollen die Betriebsräte von den einzelnen Gewerkschaften zusammengefaßt werden. Es sind regelmäßig Versammlungen der Betriebsräte der einzelnen Gewerkschaften abzuhalten, die sich mit den Fragen der Schulung und Bildung der Betriebsräte und der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu beschäftigen haben."

So der Beschluß der Gewerkschaftskommission. Von einer Zusammenfassung der Betriebsräte nach Industriezweigen über den engen Gewerkschaftsräumen hinaus unter eigener Leitung kein Wort. Die "Gewerkschaften" des Genossen Busch gibt ihm aber nicht das Recht, mich in der "Freiheit" anzugreifen.

Betriebsrätezeitung der Metallarbeiter.

Der Zentralvorstand des Metallarbeiterverbandes gibt seit dem 15. April eine monatlich zweimal erscheinende Zeitschrift für die Funktionäre, vor allem für die Betriebsräte der Metallindustrie heraus. Die Redaktion liegt in der Hand des Genossen Dikmann. Im Weltmarkt in der Nummer 1 heißt es, daß die Zeitschrift sich die Aufgabe stelle, den Betriebsräten die geistigen Waffen für ihre Arbeit zu liefern. Die Zeitschrift hat für ein weitreichendes Programm gegeben. Neben allen Fragen des Arbeiterrechts, des Fortschritts, der Verwaltungsetzere, der Bilanzkunde, der technischen und kaufmännischen Organisation der modernen Betriebe — also neben allen Fragen, die den Betriebsrat bei seiner Arbeit im Betrieb selbst interessieren, wird die Zeitschrift allgemeine volkswirtschaftliche Fragen behandeln, die Wirtschaftsgesamtheit pflegen, den wirtschaftlichen Fortschritt fördern und internationale Austauschbeziehungen, um auf solche Weise den Wert der Betriebsräte beständig auf das Wirtschaftsgesamte und die Weltwirtschaft zu richten. Das Organ soll ferner ein Verbindungsglied zwischen den Betriebsräten der Metallindustrie in ganz Deutschland, um durch einen Erfahrungsaustausch aufzuarbeiten und anspornend auf die Erwerbung weiterer Rechte, auf die Sicherung neuer Machtpositionen zu wirken.

Die ersten Hefte erwecken das Vertrauen, daß die Zeitschrift halten wird, was dieses Programm verspricht. Der Inhalt steht auf einem ausgezeichneten Niveau. Neben wichtigen Arbeiten von Tom Sender und Robert Dikmann über die Aufgaben und die Arbeiten der Betriebsräte nennen wir besonders einen Artikel über "Kapital und Konzentration im Betrieb" von Kufhäuser, und eine wichtige wirtschaftswissenschaftliche Abhandlung von Ingenieur Hedel über die "Normung und ihre Bedeutung für die deutsche Industrie", und eine wertvolle Arbeit über "Eisen- und Stahlpreise" von Wittenberg. Dikmann behandelt ferner das Thema über die Schaffung einer neuen Arbeitsordnung, und Elsa Palmann beginnt mit einer Artikelserie über systematische Buchhaltung und Bilanzkunde.

Wir begrüßen die Zeitschrift freudig als einen neuen starken Faktor im Kampfe der proletarischen um sein Recht auf Mitbestimmung im Wirtschaftsleben und als einen neuen Führer der Arbeitermassen auf dem Wege zu den Höfen des Wissens, der Voraussetzung der Macht.

Ergebnis der Betriebsratswahl in der Knorr-Dremske, U. E. V. 2204 Stimmen = 12 Mandate, E. V. D. 355 Stimmen = 2 Mandate, Gewerkschaft 95 Stimmen = 0 Mandate. Bei den Angehörigen erhielt die KPD-Liste 292 Stimmen = 2 Mandate, die Deutschnationalen 150 Stimmen = 1 Mandat.

DAS ROTE PLAKAT

Theater und Vergnügungen.

Volksbühne

Theater am Bülowplatz
7 1/2 Uhr: Das Käthchen v. Heilbronn

Neues Volkstheater

Köpenicker Str. 62
7 1/2 Uhr:

Die Brüder Karamasoff

7 1/2 Uhr:

Staatstheater

Opernhaus:
7 Uhr: Die Fledermaus.

Schauspielhaus

7 Uhr: Marguis von Keith.

Deutsches Theater

7 1/2 Uhr: Dame Kobold.

Kammerspiele

7 1/2 Uhr: Stella

Großes Schauspielhaus

Karlstraße
U: Der weiße Helland

88. Abteilung III. Abend.

Direction

Carl Reinhardt - Prof. Bernauer

Theater L. d.

Königsgrüßer Straße

8 1/2 Uhr: Die große Katharina

Komödienhaus

8 Uhr: Der Herr Malster

Berliner Theater

8 Uhr: Der letzte Walzer

mit Fritzi Massary usw.

Lessing-Theater

heute bis Montag 7 1/2 Uhr:

Frau Warrens

Gewerbe

Deutscher Kunst-Theater

Allabendl. 7 1/2 Uhr:

Menagerie

(Adalbert, Götz, Haack)

Trionon-Theater

(Bahnhof Friedrichstraße)

Täglich 8 1/2 Uhr:

Myrrha

sonntag 4 Uhr: Kleine Preise:

Terrassenfisch, Oliven gesocht.

Residenz-Theater

Stadtbahn Jannowitzbrücke,

Untergrundbahn Klosterstr.

Täglich 8 1/2 Uhr:

Die Raschoffs

Sonntag 4 Uhr: Kleine Preise:

Der gute Ruf.

Neues Operettenhaus

Director: Jean Kron

8 u. 10. Mal abends 7 Uhr:

Prinzessin Friedl

Walhalla-Theater

Täglich 7 1/2 Uhr:

Unsere Madalenen.

8 1/2 Uhr: Die Dan-Gesetz

Apollo-Theater

Friedrichstr. 218.

Allabendlich 7 1/2 Uhr:

Unüberwundliches

Variété-Programm!

Rose-Theater

11. Am Ende d. Welt

7 Uhr: Die Jüdin von Toledo

Gartenbahnh.

7 1/2 Uhr: Das Lied der Liebe

Theater a. Köthbusch

Tel. Moritzplatz 1414

Allabendlich 7 1/2 Uhr:

Elite-Sänger

Mittwöchig-Konzert

Vorh. 11.41 Uhr, n. 4-6 Uhr.

Casino-Theater

Täglich 7 1/2 Uhr:

Onkel Cohn

Der falsche Cousin.

Voigt-Theater

Hedrastraße 68.

Sonntag nachm. 4 Uhr:

Garteneröffnung.

Konzert - Unterhaltungen

Schaubühne

Landberger Allee 76/77

direkt am Ringbahnh.

Wiederaufnahme des

Entscheidungskampfes:

Kisch gegen

Petitjean

Ferner gegen:

Winter gegen Helde

Pietro Scholz gegen

Urbanaki

Strenzo gegen

Rattke

Die Bibel der Ehe

Mit Recht kann das Werk von Dr. jur. Spiet

Die Schule der Ehe

Ein Lebensbuch zur Pflege des ehelichen Glücks

So genannt werden. Wie viele Millionen Menschen gehen unberaten und naiv in die Ehe, welche eine unendliche Summe menschlichen Glücks ist in Scherben gebrochen, weil viele Ehen falsch und unvorteilhaft geführt wurden. - Dieses Werk mit seinem vorzuziehenden und ansehnlichen Einband kann so viel Unheil verhüten und ist daher wie geschaffen, ein Ratgeber für alle diejenigen zu sein, die ein wirkliches Glück in der Ehe finden wollen.

Das Werk umfasst 15 Kapitel und ist ca. 100 Seiten stark. Preis vorzeitig gebunden Mk. 31.25. - In bester Buchb. Vogler & Co., Berlin W 9, Köthener Str. 27.

Der Sozialist

Unabhängige sozialdemokr. Wochenschrift

Herausgegeben von

Dr. Rud. Breilscheid

Abonnements vierteljährlich 10 Mk., Einzelnummer 1 Mk. Bestellungen sind aufzugeben bei der nächsten Postanstalt, bei dem Spediteuren der „Freiheit“ oder in der Buchhandlung „Freiheit“, Drelle Straße 8-9.

Briefmarken, Münzen

kauft Grossmann, Johannisstr. 4

Norden 106 21

Achtung! Einzel-Verkauf zu Großhandelspreisen. Der Lage der arbeitenden Bevölkerung Rechnung tragend, habe ich mich entschlossen, unter Ausschaltung des Zwischenhandels meinen Lagerbestand zu wirklichen Großhandelspreisen abzugeben und verkaufe im einzelnen, soweit der Vorrat reicht: Prima Briefmarken in hellen Mustern, ca. 94 Br., das Mtr. 24,50 M. Pa. weiß Körperarchiv zu Händen, 75 „ 22,50 M. Prima weiß Lila zu Händen, 84 „ 22,50 M. Pa. creme Molten zu Händen, 80 „ 22,50 M. Prima Baumwoll-Büchsenst. kariert 70 „ 22,50 M. Korsetts aus Reinleinen, das Stück 40, 55, 60 u. 65 M. Gestr. Kinder-Jacken für 2-6 Jahre, aus rein. Zephir-Wolle 12 M. Albert Meyer jr., Rosenstr. 4, Laden. Geschäftszeit von 9-2 u. 4-7 Uhr.

Dachpappen, Dachpiz, Faserkitt und Klebemasse, streichfertige Farben, Dachpiz-Geselsch., Alt-Moabit 75
Verkauft im Fabrik-Kontor. Telefon: Mosbit 7079 und 888.

Spezial-Arzt für Geschlechts-, Haut-, Harn-, Frauenleiden, speziell vorerkrankte hereditäre Krankheiten, Ausschlag, Nervenleiden, Schwäche, Kopf- u. Kreuzschmerzen, Rheumatismus, Ischias, Gicht, Oogen Lues eigene K. Methode, verbunden mit Salvarsan-Kuren. Urin- u. Blutuntersuchungen. Im ersten u. zweiten Kur-Institut von **Dir. Löser senior** 9-1, 4-6, Sonnt. 9-1. Separates Drogenzimmer. **Nur Rosenthaler Str. 69-70** Rosenhaller Platz.

Spezialbehandlung für Haut- und Geschlechtsleiden **C. Weissert**, Invalidenstr. 147, 1. Etage, Ecke Bergstraße. **Kostenlose Untersuchung und Beratung über sachgemäße Behandlung** Sprechstunden 10-12 und 4-6, Sonntags 10-12

Spezial-Arzt für alle Geschlechtskrankheiten. Harn-, Frauenleiden, Blutuntersuchungen, Salvarsan-Kur. Behandlung schnell, sicher, ohne Desinfizierung. Mäßige Preise. **Dr. med. Lommer**, Sprechzeiten 10-1, 4-7 1/2, 5, 10-12. **Brunnenstr. 185 (Rosenth. Platz).**

Spezial-Arzt L. Geschlechts-, Haut-, Harn-, Frauenleiden; spez. vorerkrankte, hereditäre Krankheiten, nerv. Schwäche, Salvarsan-Kuren, Urin- u. Blutuntersuchung, Licht- u. Finnen-Behandlung, Durchleuchtung, Höhen- u. Bestrahlung, Drogen- u. Wartezimmer für Damen und Herren. In der **ärztlichen Heilanstalt von Löser**, Münzstr. 9, nahe Alexanderplatz 9-1, 4-6, Sonntags 9-1.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle: Berlin N 54, Linienstr. 83, 85. Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr. Telefon: Amt Norden 185, 1230, 1287, 0714.

Montag, den 17. Mai 1920, abends 6 1/2 Uhr

Branchen-Versammlung der Werkzeugmacher und Werkzeugschleifer

In der Sophienstr., Sophienstraße 17/19. Tagesordnung: 1. Bericht und Situationsbericht zum neuen Schuljahr. 2. Zustimmungen, 3. Brancheneinzelheiten. In Anbetracht der sehr wichtigen Tagesordnung ist es unbedingt Pflicht aller Branchenangehörigen, pünktlich zu erscheinen. Die Ortsverwaltung.

8. und 9. Distrikt.

Wichtig! Elternratswahlen!

Die Elternratswahlen für die 101. und 102. Oltmannstraße und 22. Oltmannstraße, Oltmannstraße 22, haben am Sonntag, den 16. Mai statt. Jeder von 9-6 Uhr. Wie jeder seine Stimme

Kaufen Sie zum Pfingstfest:

ein festes Kostüm wie Abbildung nur M. 385.-
oder ein luftiges Sommerkleid wie Abbildung nur M. 176.-



Oskar Wollburg

Berlin - N - Brunnenstr. 56-52.

Genossinnen und Genossen

Die Tribüne

Unabhängige revolutionäre Wochenschrift für Volksaufklärung

Herausgeber Karl Schmidt

zu haben bei allen Straßenhändlern und an sämtlichen Kiosken. Preis 40 Pfennig.

Kupfer
Messing
Rotguss
Zinn
Quecksilber
Sämtl. Metalle
Platin
Gold-
Silber-
Abfälle
Zahngelisse
kauft zu riesig hohen Preisen in unseren 6 Einkaufsstellen
Metall-Zentrale
1. Brunnenstr. 11 am Rosenthaler Platz
2. Pennstraße 48 am Weddingplatz
3. Beusselstr. 29 nahe der Turmstraße
4. Bahnhofstr. 2 Ecke Schönberger Str. am Anhalter Bahnhof
5. Neukölln Kais.-Friedr.-Str. 229 nahe Hermannsplatz
6. Weidenweg 72 am Halleschen Platz.

Zinn! Lötzin! Weissmetall! Kupfer! Rotguss! Messing! Aluminium! Nickel! Blei! Zink! Glührumpfsche! Quecksilber! Mannitolpapier! Zahngelisse, Zahn bis M. 75.-
Platinabfälle! Gold- u. Silberbruch!
höchstzahlend: Edelmetall-Einkaufsbüro Weberstr. 31 (Tel.: Alex. 4245)

Alte Gebisse heute M. 9 p. Zahn (bei Eckhardt) Knechtstr. 10 M. 8.-
Platin, Gold-Bruch hohe Pr. Zahntechn. Laborator. Rosenzweig, Oranienburger Strasse 38, zw. Artillerie- u. Friedrichstrasse

Elektromotore Gleichstrom 11 Drehstrom kauft Ingenieurbüroamt Schilling Berlin W 9, Linienstr. 10. Tel.: Litzow 3705 und 3815

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege, der Schlosser **August Budwech**, Pankstr. 68, am 11. Mai gestorben ist. Die Beisetzungsfeier findet am Sonnabend, den 15. d. Mts. nachm. 6 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße statt. Regere Beteiligung wird erwartet.

Nachruf.
Den Kollegen und Kolleginnen zur Nachricht, daß folgende Kollegen gestorben sind:
Anna Liebig, am 26. April.
Der Helfer **Walter Thiele**, Neukölln, Herzerstr. 83, am 30. April.
Der Schlosser **Gustav Blümchen**, Lichtenberg, am 1. Mai.
Der Arbeiter **Alfred Dahlke**, Reinickendorf, am 8. Mai.
Der Schmier **Otto Worch**, Nauyenstr. 9, am 9. Mai.
Der Arbeiter **Johann Edelhoff**, Neukölln, Pannstr. 5, am 10. Mai.
Ehre ihrem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Dr. med. Hollaender Berlin W 8 Leipziger Str. 108
Spezialarzt für Haut- und Geschlechtsleiden **Harn- u. Blutuntersuchungen**
Sprechstunden: 11-1 vorm., 3-7 nachm., Sonntags 11-1
Aufklärende Broschüre Nr. 14, Mk. 2,50 (Nachnahme)

Dynamo-Spulendrähte

und blanko Drähte kaufen höchstzahlend jeden Posten. **Elektro-Büro Lustig & Co.**, O 27, Gröner Weg 100, Köpenickerstr. 62/22 n. 291.

Charlottenburg
Botenfrauen stellt sofort ein
Tour: August- und Kl. Auguststraße
stellt sofort ein **Sped. Wutzky** Johannstraße 9
Sped. Lorenz, Wallstraße 98

Her...
Louvois
Foot & Co. Arg.
Linoq
die große Stoffschleier
Zeigt in 537 Schaufenstern
entstehende Frühjahrs-
Modelle in großer
Auswahl zu
billigen
Pfingstpreisen!
Eigene Verkaufsstellen in Berlin:
Andreasstraße Frankfurter Allee Oranienstrasse 2a Spittelmarkt Neukölln, Bergstr. 30/31
Beusselstraße Friedrichstr. 240/1 Potsdamerstraße Turmstraße Charlottenburg
Brunnenstraße Friedrichstr. 177 Rosenthalerstraße Wilanckerstr. Wilmersdorferstraße 122/23
Danzigerstraße Mollerstraße Schillerstrasse Wrangelstraße Potsdam, Brandenburgerstrasse 54



Gewerkschaftliches.

Sieg der Buchdruckeropposition.

Ergebnis der Stichwahl der Delegierten zur Verbandsgeneralversammlung.

Bei den gestern stattgefundenen Stichwahlen der Delegierten zur Verbandsgeneralversammlung ist es der Opposition der Berliner Buchdrucker gelungen, einen vollkommenen Sieg davonzutragen. Von 17 zu wählenden Delegierten wurden nicht weniger als 14 Mitglieder der Opposition gewählt. Es sind dies die Herren ...

Das außerordentlich gute Resultat ist die natürliche Folge der Haltung der Reichssozialisten, die sich so gerne mit den Unternehmern in Arbeitsgemeinschaften verdrängen. Die Entwicklung in unserem Sinne ist damit bei den Buchdruckern noch lange nicht abgeschlossen, der Kampf noch längere Zeit noch härter einzusehen, wenn die Buchdrucker über die jetzigen Tarifverhandlungen will und ganz orientiert sind.

Die Lohnbewegung der Holzarbeiter.

Auch in der Holzindustrie sabotieren die Unternehmer die Produktion, um die Preise zu steigern, und schaffen damit auch hier den für die Arbeiterschaft unerträglichen Zustand, einen Ausgleich für die steigenden Lebenskosten nicht erlangen zu können. In der gestrigen Vertrauensmännerversammlung in der Neuen Welt berichtete Siegel über den Stand der Verhandlungen. Die Unternehmer haben, nachdem vereinbart war, das Schiedsgericht anzurufen, plötzlich erklärt, daß sie den Instanzenweg durchgehen wollen, und daß demgemäß erst Verhandlungen vor dem Schiedsgericht stattfinden und vor der Tarifkommission stattfinden müssen. Auch das gemachte Angebot einer 10prozentigen Teuerungsgulage haben sie zurückgezogen. Diese Teuerung wird entsprechend beantwortet werden, wenn der Zeitpunkt dafür gekommen ist. Die Verhandlungen werden weitergeführt. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung hielt Genosse Dr. Hüfner einen Vortrag über ...

Die Tarifverhandlungen im Bergbau. Von dem Zentralverband der Angestellten erfahren wir: „Die seit dem 11. Mai laufenden Verhandlungen sind nicht am Donnerstag, sondern Freitag zum Abschluß gekommen. Obgleich der A. B. G. ...“

Lohnbewegung der Wälschfabriker. Am Mittwoch traten die Fabrikanten, nachdem eine Einigung nicht zu erzielen war, in den Streik. Während sämtliche beteiligten Firmen daraufhin die Forderungen der Arbeiter bewilligten, weigerte sich die Firma ...

Ein Massenversammlungen der Angestellten der chemischen Industrie fand am Mittwoch, den 12. d. M., in Mitten der Festhallen statt. Angeführt von 2000 Angestellten der chemischen Industrie waren erschienen, um den Bericht über den Schiedsgerichtsentzug zu hören. ...

lution nahm die Versammlung gegen wenige Stimmen einen großen Beifall an, während die der Gewerkschaftsbandenvertreter im gleichen Stimmverhältnis abgelehnt wurde.

Die versammelten Angehörigen der chemischen Industrie empfahlen die Ablehnung des Schiedsgerichts in Sachen ihres Vertrages. Betriebsabstimmungen sollen sofort entscheiden. Sie erließen in dem Schiedsgericht keine nur einigermaßen der Teuerung entsprechende, ihre beschiedenen Wünsche auch nur annähernd befriedigend: Lösung ihrer Gehaltsfrage, besonders im Hinblick auf die Preissteigerungen der chemischen Industrie. Sie sind überzeugt, daß in der kapitalistischen Wirtschaft eine gerechte Güterverteilung überhaupt nicht möglich ist, und fordern daher eine schleunige Inangriffnahme der Sozialisierung der dazu überreifen chemischen Industrie.

Lohnbewegung in der Porzellanindustrie. Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Porzellanindustrie nahmen am Mittwoch Stellung zu den Vorschlägen des Verbandes der Feinseifen- und Porzellanfabrikanten betreffs Regelung der Löhne.

Der Vorschlag des Verbandes der Feinseifen- und Porzellanfabrikanten wurde wegen der unzureichenden Lohnsätze einstimmig abgelehnt. Auch hier wie auf allen anderen Gebieten machen die Unternehmer den Versuch, die Spanne zwischen dem Verdienst und Lebensmittelpreisen immer mehr zu vergrößern.

Die Porzellanarbeiter und Arbeiterinnen, welche bisher keine Verbindung mit der Gruppe hatten, werden ersucht, sich sofort im Bureau des Verbandes der Fabrikarbeiter, Engelauer 18, Aufgang C 1, zu melden.

Das Verkaufspersonal der Firma Etette ist gestern in den Streik getreten. Lohnforderungen sind die Ursache. Die Firma Etette, die an den Bahnhöfen des Monopols für Zeitungsvorlauf hat und außerdem in Berlin und Kooerten Zeitungsklöppe unterhält, ist bekannt dafür, daß sie die Angestellten schlecht entlohnt. Das Verkaufspersonal will nun seine Forderungen auf dem Wege des Streiks durchsetzen. Hoffentlich hat es Erfolg.

Buchbinderverband. Vertrauensmännerversammlung Montag, 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus (Mittelsaal). Bericht über die letzten Verhandlungen für alle in den Buchbindern, Buchdruckerien, Geschäftsbücherfabriken beschäftigten Buchbinder.

Verbandsstag der Bäcker und Konditoren.

Kärnberg, 2. Mal.

5. Bäcker Verhandlungstag.

Beim Punkt 7 der Tagesordnung, Zusammenschluß zu einem Nahrungs- und Genussmittel-Industrieverband, schilderte der Vorsitzende Dietricher die schon bisher vom Hauptverband unternommenen Schritte und auch die Schwierigkeiten, die sich einem Zusammenschluß der Organisationen zu einer Organisation entgegenstehen. Die Diskussion ergab das erfreuliche Resultat, daß von beiden vorhandenen Richtungen anerkannt wurde, daß der Zusammenschluß ein dringend notwendiger sei. Allseitig kam die Meinung zum Ausdruck, daß es nur die obere Gewerkschaftsbureaukratie sei, die sich diesen dringenden Gedanken entgegenstelle, und durch nahezu einstimmige Wahl einer Kommission aus den Reihen der Mitglieder, die die Aufgabe haben soll, den Verhandlungsverhandlungen mit anderen Organisationen beizuwohnen und diese nach Möglichkeit zu fördern, bewies der Verbandsstag, daß auf Seiten der Mitglieder der erste Schritt zur Schaffung einer Industriearbeitsorganisation vorhanden ist. Es wurde insbesondere zum Ausdruck gebracht, daß nun auch in den anderen in Betracht kommenden Organisationen der Gedanke der Industriearbeitsorganisation mehr als bisher propagiert werden müßte, um den Gedanken zur Tat werden zu lassen.

Es folgten der Referat von Weidner über den 10. Gewerkschaftskongress und von Vanke über den 8. Internationalen Arbeiterkongress. Zum ersten Punkt wurde ein Antrag angenommen, bei dem Hauptvorstand beauftragt, bei der Leitung des Gewerkschaftsbundes dahin zu wirken, daß unerschlossen mit den Gewerkschaften zu einem außerordentlichen Gewerkschaftskongress begonnen wird. In dem in kurzem stattfindenden Internationalen Arbeiterkongress wurden Dietricher, Vanke, Schulz und Haas delegiert. Eine Diskussion über die vorstehenden Punkte war infolge der vorgeschrittenen Zeit nicht mehr möglich.

6. Bäcker Verhandlungstag.

Der letzte Tag begann mit den Beratungen über die Vorschläge der Statutenrevisionskommission. Es wurden Beiträge

vorgelegt von 60 St. bis 6 M. in 10 Klassen von 20 M. Wochenlohn beginnend bis 800 M. Diese Beiträge wurden einstimmig als zu hoch bezeichnet und nahezu einstimmig beschlossen, die Beiträge in der bestehenden Höhe zu belassen, dafür aber die Lohnklassen von 86 M. beginnend bis 800 M. einzuführen. Das vorgelegte Sätze für die Kranken- und Arbeitslosen-Versicherung wurden ebenfalls bezeichnet und dafür in die Sozialunterstützung eine höhere Stufe eingefügt.

In der Debatte kam immer wieder die Meinung zum Ausdruck, daß trotz des Beschlusses über die Arbeitsgemeinschaft es eine Notwendigkeit wäre, der Organisation einen Kampfscharakter zu geben und das käme durch Bereitstellen einer hohen Streikunterstützung am besten zum Ausdruck. Ferner wurde beschlossen, daß während die neuen Unterstufungsätze erst am 1. Juli 1921 in Kraft treten sollen, die Streikunterstützung schon ab 1. Okt. d. J. gewährt werden soll.

Ferner kam ein Antrag zur Annahme, der verlangt, daß zu den Aufgaben der Organisation auch gehören soll, an der Beseitigung der privokapitalistischen Wirtschaftsweise mitzuarbeiten.

Ein weiterer Antrag angenommen, der ausspricht, daß Mitglieder der Wirtschaftlichen Räte nicht Mitglieder des Verbandes sein dürfen.

Eine gründliche Durchberatung der vorgelegten Anträge und des Statuts war nicht mehr möglich, da der Verbandsstag am Montag unter allen Umständen zu Ende geführt werden sollte und ein großer Teil der Delegierten schon im Begriff stand, abzureisen. Im Schlußwort machte Dietricher die folgenden Punkte geltend, daß sich nunmehr alle Kollegen und Funktionäre auf den Boden der gefassten Beschlüsse stellen mögen. Unter Hochrufen auf die Organisation wurde der Verbandsstag geschlossen.

Groß-Berlin.

Elternbeiträge, heißt bei der Quäterspeisung!

Das Ziel der sozialistischen Schule ist die Einrichtung gemeindlicher, öffentlicher, am besten obligatorischer Schulspeisung. Die Elternbeiträge müssen sich darum kümmern, daß dieselbe geistlich und körperlich pfeifend gelegt wird. Am besten ist es, proletarische Räte zur beschleunigten Mittelstellung heranzuziehen. Von diesem Ziel sind wir leider noch weit entfernt.

In außerordentlich dankenswerter Weise hat sich aber die reichste Gesellschaft der Freunde (Quäters) von Amerika unserer armen, ausgehungerten Kinderwelt angenommen. In allen Großstädten Deutschlands erfolgt zur Zeit die Speisung von Tausenden von Kindern, die von Lehrern, Schulpflegerinnen und Schulärzten ausgeführt werden. Für die Auswahl soll nur die Unterrichtsverwaltung maßgebend sein. Die Speisung wird von den Quätern durch Vertrauensleute überwacht und die Gemeinden stellen außer den Schulleitern noch zwei Kontrolleure. In jeder Schule kommt aber sofort Kinder in Frage, daß dieser Apparat nicht ausreicht. Es ist deshalb Pflicht jedes Elternbeitrags, wie bei allen schulpflegerischen Maßnahmen, auch hier helfend einzugreifen. Der einschlagende Weg ist folgender: Der Ortsausschuß für Amerikahilfe wird ersucht, die Elternbeiträge zur Hilfeleistung zuzulassen. Gründe: Große Kinderzahl, Beseitigung der Störung des Unterrichts im Falle der Beteiligung der Lehrkräfte. In einigen Schulen wurde die Hilfe gerne gesehen. Leider haben einzelne Lehrerkollegien in echt schulmeisterlicher, vormärzlicher Art das abgelehnt. Baut man so die Brücke zwischen Schule und Haus!

Die Speisung ist an sich unentgeltlich. Es entstehen aber den Gemeinden durch Abladen und Transporte Kosten, die für jedes Kind etwa 30 Pf. ausmachen. In einigen Orten werden diese Kosten von der Gemeinde getragen. In anderen, wie z. B. in Neukölln, erhebt man aber täglich 25 Pf. Zuschuß auch von den ärmsten Kindern. Dazu kam in der ersten Zeit noch ein Biagogeld von 30 Pf. auf der Karte. Pflicht der Elternbeiträge ist es, folgendes zu beantragen: 1. Beseitigung der Unentgeltlichkeit der Speisung und des Biagogens. 2. Untersuchung sämtlicher Kinder und Auslieferung der Bedürftigsten nach der Kräftigkeit. 3. Berücksichtigung der Kinder von Kriegshinterbliebenen und Schwerkranken.

Der Sternsteinhof.

Roman von Ludwig Hagengruber.

Während der junge Mann mit dem Schmerz rang, der ihm die Brust zusammenschürte, wenn er der ihm ganz unverständlichen Verzweiflung seines Weibes gedachte, daß sie allein ihm zu Liebe der Mutter gut sein mußte, lag die alte Frau in ihrem Stämmlein mit gefalteten Händen und starrte mit tränenüberfluteten Augen vor sich hin. Eines nach dem andern wußte sie, daß man nicht früh genug sterben darf. Das war wieder ein qualvoller Gedanke mehr, die viele Zeit über, wo sie mit sich allein war, wie eben jetzt.

Was mochte in einsamen Stunden in der Seele eines Todkranken vorgehen?

Was kann die alte Frau, allein gelassen mit dem Gedanken an den Tod? Was dachte sie beim Kommen und Gehen des Sohnes? Wenn er kam: Ich ich doch wieder, wenn er ging: Wieviel nimmst du? Ich es nicht mehr, mein Kind, wäre nicht mehr seine Stimme, empfind' nicht mehr sein treuerherziges Wohlwollen! Es ist doch ein Eigenes um das Sterben! — Eine schwere Träne rollte über die eingefallene Wange, da hörte sie Schritte, trocknet die Augen und blickt nach der der Türe, außen wird es wieder stille, wieder spinnst sie der Gedanke fort: Er ist doch ein Eigenes, ... wieder schaudern sie die Wimpern. Was sie all' für Scheidensdank dachte, wer weiß es? Ach, warum nimmt der Mensch tausendfach Abschied, um einmal zu gehen?

Als der Monat nun war, sagte sie: „Ich hatt' nimmer gedacht, daß ich den Ersten noch erleb'.“ Dann aber kam ein Tag, wo es das Leiden über die gesunde Frau gewann und sie nur den einen Wunsch herausstieß: „Ein Ende! Ich will ein Ende!“ und da war es, wo auch der Sohn darunter zusammenbrach und laut aus Hoffers Brust aufschrie. Sie aber sagte: „Nicht gut sein, ich kann mit wohl denken, wie dir ist.“

Und man konnte jene quälenden letzten Tage und Nächte, deren Erinnerung nach Jahren noch jeden durchschauert, den je Liebe oder Pflicht an das Sterbender eines Schwerverkranken kannte. Diese schwere Zeit über war Selens kein Wortwort zu machen, sie wich nicht von der Seite der Kranken, sie war ihr Tag und Nacht zu Dienst,

unverwunden eilte sie an den Verd, lockte und briet zu ganz ungewöhnlicher Stunde, wenn gerade ein sogenanntes falsches Gerücht bei der Leidenden, sich einstellte. Sie rief Maderl aus der Arbeitsstube herbei, als die alte Frau in Zügen lag, damit diese, welche sicher nur noch der Wunsch nach der Gegenwart des Sohnes festhielt, leichter sterbe. Selens drückte der Toten auch die Augen zu und schloß ihr den Mund, wo Maderl sich schaute, Hand an die Leiche zu legen.

Als die Mütter eben zu vergehen und zu weilen begannen, lenkte man den man zur Erde gekommenen armen, gemarterten Leib in die Erde. Vom Grabe weg eilte Selens flinken Schrittes vorwärts, um dabei die Fenster zu öffnen und das Haus zu lüften.

Im Maderl, der mit gefenktem Kopfe und hängenden Armen, wie trübsinnig, einerschlich, hatte sich die Magner Sopherl angeklammert, sie bezogte ihn ihre Anteilnahme nicht mit Worten, sondern durch Seufzer und „erbärmliches Geseh“.

Während Maderl der Holzschneider stehen, es drehte ihn etwas auf dem Herzen und es würgte ihn im Halse, er mußte es ausprechen. „Es ist arg, brachte er mühsam heraus.“

Die Dirne lockte ihn begütigend mit beiden Händen über den Ellenbogen seines linken Armes.

„Reinigt du, die Wäsche mit gern?“ fragte er küstern.

„Sie muß ja wohl, Maderl, der Tot'gruch ist übel und beschäfft sich so schäfer.“

„Sie tut's gern, weil sie froh ist, daß mein Mutter aus'm Haus.“

„Nein, Maderl!“ Sopherl löstete die Hände und starrte ihn erschreckt an.

Er nickte ihr mit tränenden Augen zu, dann winkte er nach ihrer Hütte, bei der sie eben angelangt waren, und ging von dem Mädchen hinweg.

Um zwei Monate darnach ward in der Hütte des Holzschneiders eines geboren, das dort niemand rechte Freude machte; es war ein Knabe, man taufte ihn, nach dem Namen des Mannes seiner Mutter, Johann Repomus.

Selens betraute das Kind sorgfältig, aber sie ärgerte und spielte mit ihm nur, wenn sie in überaus guter Laune sich selber gleichsam vergaß und das kam äußerst selten vor,

da mochte dem wohl zu Anfang dem Manne das Meiste dauern und er versuchte es, mit ihm zu scherzen, aber er kam damit nicht recht zurecht, weil ihn dabei stets das Weib gar eigenmächtig großmütig und mit Wohlwollen dabei beobachtete; bald ließ er es jedoch ganz sein, nachdem ihm Selens einmal nur die Armbänder von der Seite gerissen und gesagt hatte: „Na was das? Das kommt ihm mit zu. Wenn du dein Wort haltst, es's nicht mehr zu verlangen, weil es kein Recht.“

So aber hatte es der redliche Mann nicht gemeint, als er sein Versprechen gab, auch rechtshalber für das „andere“ zu sorgen, und daß Selens nun, wie fremd im Hause, betanzen sollte, verließ sie ihn die Sorge für das Weib.

Nicht lange konnte er mit Selens allein unter einem Dache, so mußte er sich im Stillen eingelassen, wie doch alles gar anders gekommen, als er sich gedacht. Wohl sah er das Wunder zu dem jugendlichen, stattlichen Weibe aus und anerkannte dessen überlegenen praktischen Sinn für Wirtschaft und Leben, aber in diesem selben Sinne, dem nur das Begabene zu Recht bestand, der genau abwog, was Selens „aufkam“, und selbst die dargebotene freunde Hand zurückwies, um die eigene frei zu beholten, handelte sie auch, wenn sie die Härlichkeiten des Mannes über sich ergehen ließ und dessen schmiedende Hand von dem Knabe, abwehrie, dem übrigens auch sie nur eine gestrenge Magerin war und blieb, da es in ihren Augen nicht viel mehr Anspruch als den auf Kosttracht hatte. Tag für Tag vergällten solche erhaltende Wahrnehmungen dem Manne die Freude über ihren Anblick und das Wohlgehen über ihr unsüßliches, häusliches Warten; mit Gewalt sagte es dann immer in seiner Seele den trüben Gedanken auf, daß sie es gewissen, welche die letzten Lebensstage seiner Mutter verdittert, und so, in raschem Wechsel, bald angezogen von ihr, bald abgestoßen, wählte er sich bald wüde, herzenswüde.

Sie war nun allerdings unbeschnittene Herrin im Hause, aber in welchem? Wer war sie? In Hüttenbüchler Herrgottsmachers Weib! — Wenn sie Wende mit dem Knaben dann auf dem Arme unter die Türe trat und hinaus sah zu dem Sternsteinhofe, der mit dem Sonnenuntergange erhellenden Fenstern vor ihr lag, wie sie als Kind oft ihn gesehen, dann hätte sie gerne Steine von der Straße rollen und all' die blindenden Scheiben zu Scherben werfen mögen; aber wie weit, wie weit lag der drängende Hof, für sie wohl gar wie aus der Welt! (Fortsetzung folgt.)

bedürftigen. Die Quater sind als die Verantwortlichen in allen Fragen ausschlaggebend. Eltern dürfen zu den Speisereäumen nicht zugelassen werden. Es ist darauf zu achten, daß die Kinder die Schrippen mindestens anbeißen, damit ein Verkauf auf der Straße ausgeschlossen ist. Das Kopfen der Speisen ist nicht Sache der Lehrer und Elternräte.

An die Kinder richten die Quater die schöne Mahnung, daß nur Disziplin, Friede und Liebe und nicht Krieg und Gewalt der Menschheit Frieden und Glück bringen können.

Lebensmitteldemonstration in Neutölln.

Während der gestrigen Stadtverordnetenversammlung demonstrierten unsere Neutöllner Genossinnen gegen die Lebensmittelsteuerung. Einer Deputation, die beim Bürgermeister vorstellig wurde, folgten bald einige hundert Frauen, so daß die große Vorhalle und die Treppenhalle dicht gefüllt waren. Bürgermeister Schulz versprach den Versammelten, in den nächsten Tagen beim Ernährungsminister vorstellig zu werden und eine Vertretung da mitzunehmen. Nach einigen weiteren Ansprüchen wurde die Demonstration beendet.

Mehr Rücksichtnahme auf die Kriegsgeschädigten muß immer wieder verlangt werden. Und gingen wieder einige Beschwerden zu, die diese gebotene Rücksichtnahme durchaus vermissen lassen. Ein Kriegsgeschädigter schreibt uns, daß er am 20. März 1918 in Frankfurt so schwer am rechten Bein verwundet wurde, daß er linkschreibend werden mußte. Seit der Zeit ist er siebenmal ärztlich untersucht worden. Da er trotzdem bis jetzt noch keinen Bescheid über sein Rentenverfahren erhalten hatte, schickte er seine Frau nach dem Versorgungsamt in der Lützowstraße. Dort erhielt die Frau den Bescheid, daß ihr Mann noch nicht als von zwei Ärzten untersucht werden dürfte. Wieviel Ärzte werden denn noch herangezogen, ehe festgestellt werden kann, ob der Mann rentenberechtigt ist oder nicht. Und ist die Zeit von über zwei Jahren nicht etwas reichlich lang für ein Rentenverfahren? — Im zweiten Falle handelt es sich um die Behandlung eines schwer Kranken durch den Krankenarzt Prof. Dr. Henneberg, Passauer Str. 8. Dieser Herr, der doch wissen mußte, daß Krankenrente leicht errogbar sind, hatte den Kriegsgeschädigten, der sich ihm aus Anlaß eines Rentenverfahrens im Oktober v. J. hatte vorstellen müssen, durch gängig unangebrachte Redensarten provoziert. Der Kranke, der sich eine Zeitlang mühsam beherrschte, war darauf laut schreien und dem Untersuchungsamt hinausgelaufen, worauf Dr. Henneberg nach Angabe des Kriegsgeschädigten hinter ihm hergelaufen ist und ihn beschimpfte und bedrohte. Wir rieten dem Geschädigten damals, sich mit einer Beschwerde an das Bezirkskommando zu wenden, was er auch tat. Jetzt, nach einem halben Jahr, hat er endlich einen Bescheid erhalten, und zwar dahingehend, daß er ohne ärztliche Untersuchung eine kleine kurz befristete Rente erhalten soll. Dagegen steht nichts in dem Schreiben, ob gegen Dr. Henneberg etwas unternommen worden ist. Wenn in dieser Weise verfahren wird, darf man sich nicht wundern, wenn die Behörden mehr und mehr das Vertrauen der Bevölkerung verlieren.

Eine Dalkensuche unternahm in der Nacht vom Donnerstag zu Freitag vier Sicherheitspolizisten auf dem Bauernhof in der Eichenstraße. Die aus mitgeführt wurden, wobei sämtliche Lauben und Stallungen gewaschen, gesäubert und abgeräumt wurden. Bei der Suche wurde aber nichts. Bei der Suche mag wohl hier wieder seine Hand im Spiel gehabt und durch seine falschen Angaben die Polizei auf eine falsche Fährte gelodet haben? Und wer entschädigt nun die Landbesitzer für den ihnen entstandenen Schaden? Beide Fragen werden wohl auch diesmal im Rande der künftigen Reichsfragen unbeantwortet bleiben.

Mit Gas vergiftet hat sich die 27jährige Frieda Hienzenowitsch in der Belle-Alliance-Straße 66. Das Mädchen hatte sich in einer Bronzefabrik eine schwere Vergiftung zugezogen und hatte dann in einem Anfall von Lebensüberdruß Selbstmord begangen.

Die Gasvergiftungen in Groß-Berlin nehmen in einer Weise zu, daß die Feuerwehr und Rettungswachen täglich mit Rettungsversuchen aus Anlaß von Gasvergiftungen zu tun haben. Am Himmelfahrtstage hatten die Wachen besonders zahlreiche Meldungen empfangen. U. a. aus der Andreasstr. 32, Christianiastraße 99, Luchner Str. 22, Schulgenosser Str. 7, Ebdowierstraße 1, Brunnenstr. 37, Bergmannstr. 106, Belle-Alliance-Straße 66, Hohenstraße 66, sowie mehreren Vororten. In den meisten Fällen, wo die Behörden rechtzeitig benachrichtigt wurden, gelang es den Samaritern, die Vergifteten zu retten. In mehreren Fällen kamen aber die Raumkassen zu spät.

Siedlungsland in Mahlsdorf. Wie uns der Vorkämpfer Magister schreibt, ist der größte Teil der über 900 Siedlungsparzellen auf dem der Stadt gehörigen Gelände des ehemaligen Altkirchens Mahlsdorf vergeben worden. Eine Anzahl von Parzellen steht jedoch auf dem Teil zwischen der Berliner Chaussee und der Ostbahn und auf dem Gelände zwischen zu beiden Seiten der Ostbahn noch zur Verfügung. Parzellen auf dem letztgenannten Gelände können auch an auswärtige Bewerber abgegeben werden. Auskunft im Stadtbüro Lichtenberg, Türschmidtstraße 26, Erdgeschoss, rechts, Zimmer 11.

Lichtenberg. Beim Frauenfest ist ein Dornschäfer gefunden worden, derselbe ist abgeholt bei Fr. Thurm, Schwanenstraße 24.

Lebensmittellisten.

Lichtenberg. Voranmeldung bis 10. Mai: 250 Gr. Erbsen. Voranmeldung bis 10. Mai: 375 Gr. Zucker. Ohne Voranmeldung: 2 Pfd. Getreide, 250 Gr. ausländisches Kartoffelmehl, 2 Pfd. Kartoffeln. Wannsee. 250 Gr. Wermelade, 250 Gr. Weizenmehl, 250 Gr. Nudeln, 250 Gr. weiße Bohnen, 250 Gr. getr. Kartoffelscheiben, Bohnen mit Speck (2-Pfd.-Dose), Bohnen (in Schweinefleisch gehackt), Holsteinische Suppenwürze, 125 Gr. roher Kaffee oder Kakao.

Aus den Organisationen.

Arbeiterbildungsschule. Der nächste wissenschaftliche Vortrag für Referenten Sonntag vormittag 9 Uhr in der Arbeiterbildungsschule, Schillerstr. 58. Die Genossen Dr. Pfeilscheld und Alexander Klein sprechen über „Auslandspolitik“.

Obleute der Bezirkskommissionen. Montag 6 Uhr Sitzung in der Arbeiterbildungsschule, Schillerstr. 58. Wahl eines dritten Vertreters in den Wäutonsrat.

Elternbeiräte. Montag 7 Uhr Konferenz der Bezirksobleute der Elternbeiräte in der Arbeiterbildungsschule, Schillerstr. 58. 1. Bericht der Obleute über die Tätigkeit der Elternbeiräte. 2. Die nächsten Aufgaben.

Vertrauensleute der Mo. Die auf dem Boden der U. S. P. stehenden Vertrauensleute, die bisher an den Postenbesetzungen teilnehmen nicht teilgenommen konnten, wollen sofort ihre Absicht zwecks Übermittlung von Verbenoten an den Genossen Andres, Berlin-Lichtenberg, Rittergutsstraße 107, einleiten.

6. Bezirk. Die engere Vorstandssitzung findet Montag bei Gallas, Barnimstr. 20, statt.

17. Bezirk. Sonntag vormittag 10 Uhr Sitzung des Bezirkskomitees bei Rennow, Brückstr. 26, Center Straße. — Ebenfalls Montag 7 Uhr Vorstandssitzung.

Tempelhof. Sonnabend 7 1/2 Uhr bei Becker, Ringbahnstr. 6. Einleitung der Wohlerbeit. Erscheinen müssen politische, Agitations- und Rätekommission, Funktionäre und Wohlfahrer.

Tempelhof. Der Lichtbildvortrag über „Arbeiterbildung“ kann umhändelbar heute, Sonnabend, nicht stattfinden.

Tempelhof. Sonnabend 1/2 Uhr veranstaltet der Elternbeirat bei 2. Gemeindefabrik in der Kala der Luisen-Heiligtums-Schule, Tempelhof, Germanenstr. 4, einen Lichtbildvortrag mit dem Thema: „Die Arbeiterbildung“. Der Vortrag ist unentgeltlich.

Lichtenberg. Friedrichstraße, Kaufhof, Karsahn usw. Die zu Sonnabend, den 15. Mai, einberufene Sitzung muß auf Dienstag, den 18. Mai, 6 Uhr, im selben Lokal vertagt werden.

Lichtenberg. — Kommunale Kommission, Nahrungsmitteleinsparung. Montag 7 Uhr im Eichen-Parkum, Handarbeitsaal, Kaufhofstraße.

U. S. P. Faktion sozialistischer Lehrer. Sonnabend, den 15. Mai, nachm. 4 1/2 Uhr, Sitzung im Berliner Rathaus, Zimmer 103. Nachher Vollversammlung.

Bereinskalender.

Agitation. 17. Gemeinde. Sonntag vorm. 11 Uhr im Stadthaus, Klosterstr. 20. Vortrag des Herrn Dr. H. Höfer: „Menschenleben — Ertüchtigung.“ Harmonium: Bertruf (Gobard). Gäste willkommen. — Mittwoch, 19. Mai, abends 7 Uhr, Volksversammlung im Wohlfahrt-Gesellschaftshaus. Vortrag von Wolf Hoffmann: „110 Millionen Abgaben an die Kirchen.“

Sozialistische Arbeiterjugend, Agitationsbezirk Osten. Dienstag, 18. Mai, im Jugendheim, Königsbergstraße 7, Mittagsbesprechung unseres Bezirks. Wichtige Tagesordnung. — Agitationsbezirk Oberpren. Sonnabend, 15. Mai, Bezirksversammlung in Strauß, Alt-Strauß, Gemeindebesuche. Alle beteiligten Ortsgruppen wollen sich recht regen an der Agitationswanderung nach Ebnar am 16. Mai beteiligen. Alle Ortsgruppen müssen vertreten sein.

Deutscher Eisenbahner-Verband, Ortsgruppe Groß-Berlin. Montag 5 Uhr in den Prokuren Alt-Berlin, Blumenstr. 10, Jubiläumsvortrag: „Mittelschicht und Delegiertenarbeit mitbringen — Dienstag 5 Uhr erweiterte Ortsversammlung; nachm. 6 Uhr Besprechung der Dienstleistungen im Restaurant „Rüstenhof“, Köpenicker Straße 107. — Mittwoch 6 Uhr Besprechung der Zahlstelle Uge. in der „Anhaltischen Ressource“, Köpenickerstr. 114. — Donnerstag 6 Uhr Besprechung der Vertrauensleute der Güterbodenarbeiter im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15.

Tagelöhner, „Kleber“. Montag 6 Uhr Versammlung bei Schnelber, Holzmarktstr. 65.

Verantwortlich für die Redaktion: Leo Dieblich, Lichtenberg. Verantwortlich f. d. Inseratenteil: Ludwig Romert, Kottbuscher Verlagsgesellschaft „Freiheit“, e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Emdendruckerei und Verlagsgesellschaft m. b. H., Schillergasse 10.

Besonders billige Angebote

Joppe u. Broches schönes Muster, halbhohes Stoffs 750.—
 Jackett-Anzug moderne Form, prima Zutat 675.—
 Marongo-Sommer-Paletot guter Cheviot, Ia Ausführung 590.—
 Covercoat-Sport-Paletot Seidenfutter, Kraus für Maß 890.—
 Gummi-Mantel gute Qualität 495.—
 Lutaway u. Weste marongo Cheviot feinste Ausführung 595.—
 Hose für Werktag, kräftige Ware 112.80
 Hose eleganter Streifen, für Lutaway 290.—
 Jackett-Anzug für junge Herren, moderne Formen, Gr. 36 390.—
 Knaben-Anzug Joppe und kurze Hose, für 9-10 jährige Knaben 227.80

Sehr preiswert! Strümpfe — Unterwäsche — Herrenartikel.

BaerSohn
 Keine Filialen mehr Nur Chaussee-Straße 29-30

Öffentliche Bekanntmachung zu den Reichstagswahlen.

Am 14. März des 1920 der Wahlmännerwahl am 14. März 1920

1. in Westpreußen:
 1. der Stadtbezirk Cito Brandt, Berlin N 20, Kottbuscher 14.
 2. der Stadtbezirk Dr. Hermann Wegel, Berlin N 4, Kottbuscher 42.
 3. der Stadtbezirk Cito Brandt, Berlin N 4, Kottbuscher 14.
 4. der Stadtbezirk Cito Brandt, Berlin N 4, Kottbuscher 14.
 5. der Stadtbezirk Cito Brandt, Berlin N 4, Kottbuscher 14.

2. in Ostpreußen:
 1. der Stadtbezirk Cito Brandt, Berlin N 20, Kottbuscher 14.
 2. der Stadtbezirk Cito Brandt, Berlin N 20, Kottbuscher 14.
 3. der Stadtbezirk Cito Brandt, Berlin N 20, Kottbuscher 14.
 4. der Stadtbezirk Cito Brandt, Berlin N 20, Kottbuscher 14.

Zahl bis Montag 11 Uhr:
 Kupfer . . . 9 M.
 Messing . . . 5 M.
 Zink, Blei, Zinn

Wabmannstr. 22, im 1. St.

Kupfer Messing Roiguß Zink, Blei Aluminium sowie Zinn u. Quecksilber
 kauft jedes Quantum und zahlt über den höchsten Konkurrenzpreis in unserer 3 Einkaufsstellen:
 I. Oderberger Str. 1
 II. Bernauer Str. 98
 III. Prenzlauer Allee 25
 Eingang Raschstr. 17.

Zinn h. 30 Mk. per Kilo
Lötzinn b. 20 Mk. per Kilo
kauff Miers
 1. Weissenburger Str. 11.
 2. Kastanienallee 85.
 3. Reinickendorfer Str. 107.

Miers Ankaufsstellen zahlen für Alt-Metalle höchste Tagespreise.
 1. Weissenburger Str. 11
 2. Kastanienallee 85
 3. Bernauer Straße 98
 4. Prenzlauer Straße 69.
 Telefon: Hamb. 2392.
 Für Schmelzwerk zahlt jedes Pfd. an Wert.

Altmetalle!
 Die höchsten Tagespreise für Kupfer, Messing, Blei, Zink, Zinn, Alt-Eisen usw. zahlt nur **Willi Haupt**, Steussberger Str. 31.

Zahl bis Montag 11 Uhr:
 Kupfer . . . 9 M.
 Messing . . . 5 M.
 Zink, Blei, Zinn

Grellstr. 33, Weissenberg.

Zimmer, zwei oder eins, leer oder möbliert, gesucht.
 Off. Angebote an A. Seckel & Co., Berlin N 24, Auguststr. 60.

Bettmässen.
 Befelung sofort. Hier und Unschlecht angeben. Ansk. unentgeltl. Institut Engbrecht, Buchen D 401, Javelstr. 2.

Schnellaufbohrer, neu, jeden Posten bis 300 mm Naturstahl.
 Holzschrauben kauft Filadrich Morgenstern nur Lichtenberg, Weichselstr. 18, Alex. 1260

Kauf höchstzahlend
 Kabel, Litzen, Motore, Leitungsdrähte, Schreibmaschinen, sowie sämtl. Installationsmaterial. Elektr. Werkstatt, Neutölln, Kottbuscher Damm 96, Einz. Schinestr. Tel. 1. Mai, 9157.

Natur-Institut
 Keine Einspritzungen oder Schwitzkuren! für naturgemäße Heilweise. Aerologische Leitung. Spezialabteilung für Haut-, Haar- und Unschlechtsleiden. **Blücherplatz 3** (Graf am Halleschen Tor). Sprechstunden 10-12, 4-7, Sonntags 11-1 Uhr.

Stoffe
 zur Damen- und Herrenbekleidung Futterstoffe / Kopfle

Konfektion
 für Damen u. Mädchen Maßanfertigung

C. Pelz
 SO 24, Kottbuscher Str. 5

Katastrophal
 für alle Gegner der U. S. P. D. ist jede Wahl-Nummer der „Freien Welt“, Illustrierte Wochenschrift der U. S. P. D.

Möbel
 liefert gegen bar und auf Teilzahlung zu mäßigen Preisen. Vögl. Wohnangelegenheiten Wohn-, Kinder-, Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer in großer Auswahl Einzelne Möbel Farbige Küchen **Beiser** Lothrinzer Str. 67.

Uranium 5 Lick
 Zur Ausscheidung aller giftigen und kranken Stoffe aus Blut und Säften, gegen Bluthochdruck, roten Geschicht, Nervenleiden, ist diese Bluthreinigungsmitel seit 30 Jahren wirksam erprobt. Schachtel 1.-, Ueb. 3 Schacht. 8.75. Otto Reiche, Berlin 46, Eisenbahnstraße 4.

Die Felkönigin
Pfingst-Angebot
 zu besond. billigen Preisen!!

Damen braune Chevreau-Halbschuhe, Rahmenarbeit . . . M. 165.50
 Damen-Lackschuhe . . . M. 190.—
 Damen braune Boxkalf-Oesenstiefel, Rahmenarb., erstkl. „Herz“-Fabrikat, M. 395.—
 Herren braune Boxkalf-Agraffenstiefel . . . M. 395.—

FRIEDRICHSTR. 131 E. D. KARLSTR.